

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 46
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
15. November 1930

Ercheinungswortung am Sonntagabend, / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kähler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Telefon: Amt Köpenick 62 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Eine Million für die Ausgesteuerten!

Mit Rücksicht auf die außerordentliche Notlage, in der sich viele Mitglieder mit langer Arbeitslosigkeit befinden, hat der Vorstand im Einvernehmen mit dem Beirat und dem Verbandsausschuß beschlossen:

1. Den mit ihrer Verbandsunterstützung ausgesteuerten Mitgliedern soll aus der Verbandskasse zu Weihnachten eine einmalige außerordentliche Unterstützung ausbezahlt werden.
2. Die einmalige Ausgesteuertenunterstützung erhalten alle Mitglieder, die nach § 29 des Statuts die Berechtigung zum Bezuge von Arbeitslosenunterstützung erreicht haben, aber bereits ausgesteuert sind oder bis zum 31. Dezember d. J. ausgesteuert sein werden.
3. Die einmalige Ausgesteuertenunterstützung wird gewährt in Höhe der Arbeitslosenunterstützung für eine Woche (6 Tage), auf die der Empfänger vor seiner Aussteuerung Anspruch hatte. Jedoch sollen bei einer Beitragsleistung von unter 50 Pf. Hauptkassenbeitrag mindestens 4 Mk., für alle anderen mindestens 6 Mk. zur Auszahlung gelangen.
4. Erwerbsunfähig kranke Mitglieder, wenn sie sowohl im Verband als auch in der Krankenkasse ausgesteuert sind, sind den ausgesteuerten Arbeitslosen gleichzu erachten.
5. Arbeitslose Ausgelernte, die einschließlich der Lehrlingsbeiträge mindestens 52 Beiträge entrichtet haben, aber zur Arbeitslosenunterstützung des Verbandes noch nicht berechtigt sind, sollen 4 Mk. erhalten, wenn sie länger als 10 Wochen arbeitslos sind.

Der Verbandsvorstand.

Mit dem vorstehend wiedergegebenen Beschluß hat der Verbandsvorstand eine Entscheidung von außergewöhnlicher Tragweite gefällt. In mehrfacher Hinsicht. Seit dem Bestehen unseres Verbandes ist es das erste Mal, daß eine derartige Unterstützung gewährt wird. Zwar ist es in manchen Verwaltungsstellen Brauch, den ausgesteuerten Kollegen zu Weihnachten eine Sonderunterstützung zu gewähren. Diese Unterstützungen werden aber aus den Lokalkassen gezahlt, und in der Regel werden diese Fonds durch Extrabeiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder gestärkt. Diesmal wird die Unterstützung aus der Verbandskasse den Kollegen und Kolleginnen im gesamten Verbandsgebiet gewährt.

Streng genommen, bedeutet der Beschluß des Vorstandes eine Verletzung des Verbandsstatuts, welches eine Sonderunterstützung ausgesteuerter Mitglieder nicht vorsieht. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß der statutenwidrige Beschluß im Verbandsallseitige Zustimmung finden wird. Die außerordentlichen Verhältnisse rechtfertigen nicht nur die außerordentliche Maßnahme, sie machen sie sogar zur sittlichen Pflicht.

Weihnachten ist das Fest der Liebe. In unzähligen Liedern ist es gefeiert worden, vornehmlich als das Fest der Kinder, denen die Eltern, soweit sie es irgend können, eine besondere Freude bereiten. In den Familien der Arbeiter sieht man, auch bei normalen Erwerbsverhältnissen, dem Nahen des Weihnachtsfestes mit gemischten Gefühlen entgegen. Nicht nur, daß die Weihnachtszeit ein Ansteigen der Erwerbslosenziffer bringt, auch diejenigen, die in Arbeit stehen, bezahlen die Festesfreude mit einer Einbuße an Lohn. Und so manche Mutter macht sich schwere Sorgen, wie sie bei dem Lohnausfall, den der Gatte erleidet, den Kindern die Weihnachtsbescherung richten soll, auf die sie sich schon lange vorher gefreut haben.

So ist es unter normalen Erwerbsverhältnissen; in diesem Jahre ist aber alles viel, viel schlimmer. Wir haben schon manche schwere Zeit erlebt, aber noch nie hat die Arbeitslosigkeit einen solchen Umfang erreicht wie im Jahre 1930. In der ersten Hälfte des Jahres pendelte sie um 30 Prozent der Mitglieder. Im August, sonst jahreszeitlich ein Monat mit verhältnismäßig niedriger

Arbeitslosenziffer, erreichte die Arbeitslosigkeit mit 35 Prozent ihren Höhepunkt und sie ist seither nur in ganz geringem Maße zurückgegangen. Zu den völlig Arbeitslosen kommen die Kurzarbeiter, deren Zahl das ganze Jahr hindurch zwischen 13 und 16 Prozent schwankt. In absoluten Zahlen ausgedrückt, heißt das, daß im Jahre 1930 durchschnittlich an jedem Tage des Jahres etwa 100000 Verbandsmitglieder arbeitslos waren und etwa 42000 verkürzt arbeiteten.

Unser Verband gewährt den arbeitslosen Mitgliedern auf die Dauer von 10 Wochen eine Unterstützung, deren Höhe nach der Höhe des geleisteten Beitrages und nach der Dauer der Mitgliedschaft abgestuft ist und bis 15,90 Mark in der Woche steigt. Unter gewöhnlichen Verhältnissen reicht dieser Betrag aus, um mit den Bezügen aus der reichsgesetzlichen Arbeitslosenunterstützung den Arbeitslosen über Wasser zu halten. In diesen anormalen Zeiten liegt aber die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit weit über 10 Wochen. Sehr viele unserer Kollegen sind viele Monate lang arbeitslos, sie sind nicht nur von der staatlichen Arbeitslosen-, sondern auch von der Krisenunterstützung ausgesteuert und gezwungen, die niederdrückende Hilfe der Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch zu nehmen. Fürchterlich ist die Not unter den deutschen Holzarbeitern, und nicht nur unter diesen, sondern die Arbeiter aller Berufe leiden unter dem Fluch einer außerordentlich umfangreichen und langandauernden Arbeitslosigkeit.

Erlösung aus diesem Elend kann nur die Belebung der Wirtschaft bringen. Was bisher unternommen wurde zur Behebung der Wirtschaftskrise, unter der die ganze Welt leidet, hat noch zu keinem merklichen Erfolg geführt. Die Hilfe, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern angedeihen lassen können, die zu Opfern der Krise geworden sind, ist leider sehr gering. Die Mittel der Gewerkschaften und auch unseres Verbandes sind aufgebraucht und sie werden fortlaufend ergänzt durch die Beiträge der Mitglieder. Mit ihnen gilt es hauszuhalten. Wenn seit vielen Monaten die Verbandskasse die höchsten Aufwendungen für die Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder machen muß, so darf nicht übersehen werden, daß die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung doch nur ein Mittel ist zur Förderung des Zweckes, den unser Verband verfolgt, der Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen und zur Abwehr von Verschlechterungen.

Aber bei alledem, die Not der arbeitslosen Kollegen schreit zum Himmel. Weihnachten, das Fest der Liebe, steht vor der Tür, da zwingt ein unwiderstehlicher Drang, derer zu gedenken, die von der Liebe verlassen sind, die ausgestoßen sind aus der Produktion, die arbeiten möchten, aber nicht dürfen. Sie haben in guten Tagen getreulich ihre Verbandspflichten erfüllt, nun soll ihnen, die keine Ansprüche an den Verband stellen können, vom Verband eine bescheidene Weihnachtsfreude bereitet werden.

Die Zahl der ausgesteuerten Verbandsmitglieder ist nicht bekannt. Aus der Zahl der Arbeitslosen und der langen Dauer der Arbeitslosigkeit muß geschlossen werden, daß sie sehr groß ist. Der Verbandsvorstand schätzt die Summe, die erforderlich ist, um entsprechend seinen Beschlüssen den Ausgesteuerten für eine Woche Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, auf eine Million Mark. Wenn der Unterstützungsbetrag auch im einzelnen bescheiden ist, so wird diese Hilfsaktion doch einen erheblichen Teil des Verbandsvermögens erfordern.

Es hätte nahegelegen, wenigstens einen Teil der Summe durch Extrabeiträge der arbeitenden Kollegen einzubringen. Der Verbandsvorstand hat davon abgesehen, schon im Hinblick darauf, daß sich auch viele der in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder in einer bedrängten Lage befinden. Hat doch ein gut Teil von ihnen eine längere Periode der Arbeitslosigkeit absolviert, und

gar mancher sieht schauernd den Zeitpunkt nahen, da er wieder verurteilt sein wird, stempeln zu gehen.

Die Gabe, die der Verband den ärmsten seiner Mitglieder zu Weihnachten bietet, ist bescheiden; sie mußte den Klassenverhältnissen der Organisation angepaßt werden. Eine nicht unerhebliche Zahl unserer Verbandskollegen befindet sich im Kampfe, um eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren, und umfangreiche, schwierige Auseinandersetzung mit dem Untertunemertum stehen bevor. Darauf soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden. Aber es darf ausgesprochen werden, daß unter diesen Umständen die Million für die bedürftigsten unter unseren Kollegen ein nicht geringes Opfer bedeutet, das der Verband bringt.

Es ist ein Opfer auf dem Altar der Solidarität. Höher noch als die materielle ist die moralische Bedeutung dieses Opfers zu werten. Es soll den Mut derer heben, die gegen ihren Willen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind. Auch sie gehören zum Verband, auch sie sind Glieder unserer großen Gemeinschaft, die die Hebung und Besserung der Lage der Holzarbeiter auf ihre Fahne geschrieben hat. Wir stehen zusammen in guten wie in bösen Tagen in unerschütterlicher Treue zum Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Die Beseitigung der öffentlichen Wirtschaft.

1. Die öffentliche Wirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden ist seit Jahren und in steigendem Maße den heftigsten Angriffen der Unternehmer und ihrer Verbände ausgesetzt. Kaum ein Zweig der öffentlichen Wirtschaft einschließlich der öffentlichen Verwaltung ist hiervon verschont geblieben. In der Hauptsache richten sich jedoch diese Angriffe gegen die öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmungen, denen vorgeworfen wird, daß sie infolge ihrer immer weiteren Ausbreitung die private Wirtschaft in unerträglicher Weise einengen und deren „alte Sozialisierung“ herbeizuführen drohen. Daneben wird ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie schwerfällig, bürokratisch und kostspielig arbeiten und sich nur unter besonderen, der Privatwirtschaft nicht zur Verfügung stehenden Umständen am Leben erhalten können. Diesen diese Angriffe und Vorwürfe längere Zeit hindurch zunächst nur auf eine Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft hinaus, so ist diese Zurückhaltung nunmehr unter der Umgestaltung der politischen Verhältnisse ausgegeben worden, jetzt fordern die Gegner der öffentlichen Wirtschaft ganz offen ihre Beseitigung, d. h. die Umwandlung der öffentlich-wirtschaftlichen Unternehmungen in privatwirtschaftliche oder, mit anderen Worten, ihre Auslieferung an das Privatkapital zur uneingeschränkten Ausbeutung.

Auf diese Umwandlung läuft auch ein von der Wirtschaftspartei im Reichstag zu dem Wirtschafts- und Finanzplan des Kabinetts. Berlin gestellt Antrag hinaus. Jedenfalls rechnen die Antragsteller selbst nicht mit seiner Annahme, er entspringt nur demagogischen Agitationsrücksichten. Dennoch ist dieser Antrag symptomatisch für die gegenwärtige Zeit. Auch in der Hinsicht, daß Großindustrielle und Mittelständler in dieser Frage am gleichen Strang ziehen. Beide verstehen es, für ihre Absichten Stimmung zu machen, sind sie doch in der Wahl ihrer Mittel nicht verlegen. Und was durch eine struppellose Sege erreicht werden kann, dafür haben wir in dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen ein nur zu deutliches Beispiel. Ist es doch der Sozialdemokratie wie den Gewerkschaften nur unter den größten Anstrengungen möglich, die von den Arbeitern in langen schweren Kämpfen gewonnenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Errungenschaften vor der ansteigenden reaktionären Flut zu retten.

Zu diesen Errungenschaften gehören auch die öffentlichen Wirtschaftsunternehmungen, für deren Schaffung und Ausbreitung die organisierte Arbeiterschaft eintrat, weil sie ihnen die Anfänge eines neuen, nicht der schrankenlosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, sondern dem Gemeinwohl dienenden Wirtschaftssystems erblickten. Die Arbeiterschaft konnte sich hierbei auf die Erfahrungen mit den privatwirtschaftlichen Unternehmungen stützen, die im Dienste für die Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse vollständig versagten. Dieser Tatsache konnte man sich schließlich selbst auf bürgerlicher Seite nicht entziehen, sondern mußte dort einsehen, daß der Privatkapitalismus zur Lösung wirklich gemeinnütziger Arbeit weder willens noch fähig war. Es

würden denn die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen zu einer gebieterischen Lebensnotwendigkeit und sie müßten im Reich in Ländern und Gemeinden eine immer weitere Ausbreitung und Ausgestaltung erfahren.

Hierzu einige Feststellungen: Bei der letzten Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1925 waren insgesamt 22 588 öffentliche Wirtschaftsunternehmen vorhanden, die rund 2,02 Millionen Personen beschäftigten. Hierunter befanden sich 1007 gemischtwirtschaftliche Unternehmen mit 301 053 beschäftigten Personen. Die gesamte Kraftmaschinenleistung dieser Unternehmen bezifferte sich auf 1,9 Millionen Pferdekraft, während sich ihre Kraftfahrzeugleistung auf 20,3 Millionen Pferdekraft stellte. Von den gemischtwirtschaftlichen Unternehmen befand sich bei 624 über die Hälfte des Geschäftskapitals im Besitz der öffentlichen Hand, bei den übrigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen hatte das Privatkapital keinen Einfluß auf die Geschäftsführung. Ihre Verteilung war folgende: Auf das Reich entfielen 496, auf die Länder 1449, auf die Gemeinden 12 432, auf sonstige politische und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts 7224 Unternehmen.

Unter den für die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in Betracht kommenden zahlreichen Gewerbegruppen waren am stärksten vertreten das Verkehrsgewerbe mit 556 Unternehmen und 1,2 Millionen Beschäftigten; das Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe mit 5151 Unternehmen und 165 173 beschäftigten Personen. Nacheinander folgen dann in der Größenfolge die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung mit 3218 Unternehmen und 80 010 Personen, das Baugewerbe einschließlich der Baunebengewerbe mit 1268 Unternehmen und 67 250 Personen, das Handelsgewerbe mit 4640 Betrieben und 67 888 Angestellten, das Versicherungsgewerbe mit 3285 Betrieben und 42 679 Angestellten usw. Die Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsunternehmen ist also bereits recht erheblich. Gleichwohl kann von einer wesentlichen Einengung der Privatwirtschaft noch nicht geredet werden. Gegenüber den bei der reichsamtlichen Zählung festgestellten 3,02 Millionen gewerblicher Unternehmen haben die des öffentlichen Rechts nur einen Anteil von 0,7 Prozent, die Beschäftigten von 0,4 Prozent. Anders ist es hinsichtlich der Größenordnung und Beschäftigtenzahl auf ein Unternehmen, wobei sie einschließlich Reichsbahn und Post bereits an dritter und ohne Reichsbahn und Post an siebenter Stelle rangieren.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Gegner der öffentlichen Wirtschaft sind alle diese Unternehmen mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen verbender Art, decken also ihre Kosten selbst und werfen zum Teil nicht unerhebliche Überschüsse ab, die ermäßigend auf die allgemeinen Steuerlasten einwirken. So erzielte z. B. im Rechnungsjahr 1927/28 die sogenannten Eigenbetriebe der deutschen Großstädte einen Überschuß von 254,5 Millionen Mark, oder durchschnittlich für eine Gemeinde 5,8 Millionen Mark. Ähnlich günstig sind die Abschüsse der Reichs- und Länderunternehmen. Von einer Unrentabilität der öffentlichen Unternehmen ist nichts zu bemerken, obwohl sie in der Regel in ihren Leistungen wesentlich günstigere Bedingungen als die Privatunternehmen bieten. Eine Privatisierung der öffentlich-wirtschaftlichen Unternehmen würde daher nicht nur die Steuerzahler und Verbraucher benachteiligen, sondern auch ihre Überschüsse in den Taschen der privaten Unternehmer verschwinden lassen. Wohl gibt es auch öffentliche Unternehmen, die statt Überschüsse zu liefern, Zuschüsse erfordern. Ausnahmslos handelt es sich aber in solchen Fällen um die Befriedigung allgemeiner öffentlicher Bedürfnisse. Die Übertragung ihrer Aufgaben an die Privatwirtschaft würde nach den gemachten Erfahrungen keine Verbesserung, sondern bei wesentlicher Verschlechterung der Leistungen eine beträchtliche Steigerung der Zuschüsse zur Folge haben.

Ein beliebter Vorwurf gegen die öffentlichen Wirtschaftsunternehmen geht dahin, daß sie nicht in gleichem Umfange wie die Privatwirtschaft zur Steuerleistung herangezogen werden. Dieser Vorwurf ist nach Feststellungen des Reichswirtschaftsrats durchaus falsch. Schon heute unterliegt die Mehrzahl der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen der vollen Steuerleistungspflicht. Außerdem sind besonders die kommunalen Betriebe durch Abgaben für den Gemeindefat schwer belastet. Was von ihnen so aufzubringen ist, geht in der Regel ganz erheblich über eine etwaige Steuerleistung hinaus. Wollte man sie noch weiter belasten, so würden sich naturgemäß ihre Leistungen entsprechend vermindern. Die Folge wären Tarifserhöhungen oder die Erhöhung der allgemeinen Steuern, die nicht nur der Privatwirtschaft, sondern auch den Einwohnern weitere Lasten aufbürden würden.

Denkbar erkannt wird von den Gegnern der öffentlichen Wirtschaft auch, daß diese mit der privaten Wirtschaft im engsten Zusammenhang steht und durch ihre Befestigung erhebliche Nachteile erleiden müßte. Das zeigen besonders die von den öffentlich-wirtschaftlichen Unternehmen der Privatwirtschaft gegebenen Aufträge. Im Jahre 1928 wurden über 100 Milliarden Reichsmark und den Ländern 3,4 Milliarden Reichsmark Aufträge gegeben. Hinzu kamen die Aufträge der kommunalen Abwasserwerke mit 5 Milliarden Reichsmark. Dieser Auftragsaufwand von 103,4 bis 9 Milliarden im Jahre fließt der Privatwirtschaft vollkommen hilflos zu, was bei privaten Unternehmen an ihrer Stelle nicht der Fall wäre. Hierin liegt für die Privatwirtschaft ein ungeheurer Vorteil, der bei einer Befestigung der öffentlichen Wirtschaft in Fortfall käme. Diese zu fordern, ist deshalb ein Unfug ohnegleichen und volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. Steht doch fest, daß die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahr-

zehnten ihren Aufschwung zum erheblichen Teile der Ausbreitung und Stärke der öffentlichen Wirtschaft verdankt und dieser ohne sie nicht möglich gewesen wäre. Sie in ihrer Ausbreitung und Ausgestaltung weiter zu fördern, liegt deshalb im allgemeinen Interesse, wozu nach wie vor von der Arbeiter- wie Verbraucherschaft alle Möglichkeiten auszunutzen sind und worin sie sich durch das Geschrei der Gegner der öffentlichen Wirtschaft nicht beirren lassen darf.

Die Verordnung über Zellhorn.

Die Verordnung des Reichsarbeitsministers zum Schutze der in der Zelluloidindustrie beschäftigten Arbeiter gegen Brandgefahr ist als „Verordnung über Zellhorn. Vom 20. Oktober 1930“ verkündet worden. Im § 1 ist der Geltungsbereich umschrieben, und zwar gilt die Verordnung für gewerbliche Betriebe,

1. in denen Zellhorn oder Zellhornabfälle allein oder neben anderen Stoffen bearbeitet oder verarbeitet oder Zellhornwaren hergestellt werden,
2. in denen Zellhornfilmunterlagen mit einer lichtempfindlichen Schicht überzogen werden,
3. in denen Zellhorn-Laufbildfilme bearbeitet (insbesondere entwickelt, kopiert, zusammengesetzt, ausgebeßert, entregnet, abgewaschen), verpackt, verlehent oder vertrieben werden, einschließlich der in Betrieben solcher Art vorhandenen Vorführungsräume,
4. in denen die unter 1 bis 3 genannten Stoffe gelagert werden,
5. die sich regelmäßig mit der Beförderung der unter 1 bis 3 genannten Stoffe befassen; ausgenommen ist die Beförderung durch die Post, die Eisenbahn oder die Schifffahrt.

Die Inhaber der bereits bestehenden Anlagen müssen ihren Betrieb innerhalb vier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung beim zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten anmelden. Soll ein solcher Betrieb neu eröffnet oder verlegt werden, dann muß die Anzeige 14 Tage vorher erfolgen.

Die wichtigste Bestimmung der Verordnung betrifft die Einziehung des Reichsausschusses für Zellhorn. Er besteht aus je 14 ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern. Der Reichsarbeitsminister beruft davon je einen Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Chemisch-Technischen Reichsanstalt nach Vorschlag des Reichsministers des Innern, ferner drei Vertreter der Verbände der Arbeitgeber und drei Vertreter der Verbände der Arbeitnehmer. Dazu entsendet der Reichsrat fünf Vertreter der Sozialverwaltungen der Länder.

Der Reichsausschuss hat die in der Verordnung vorgesehenen Sicherheitsvorschriften und Merkblätter aufzustellen. Er hat die Sicherheitsvorschriften nach den Betriebserfahrungen und den Erkenntnissen von Wissenschaft und Technik fortzubilden; abzuändern und sich auf Ersuchen des Reichsarbeitsministers gutachtlich zu den Fragen zu äußern, die die Sicherheit der durch die Bearbeitung, Verarbeitung, Beförderung und Lagerung von Zellhorn gefährdeten Personen betreffen. Die Beschlüsse des Reichsausschusses treten in Kraft, wenn der Reichsarbeitsminister sie im Reichsarbeitsblatt bekanntmacht.

Die Verordnung vom 20. Oktober bildet somit im wesentlichen einen Rahmen, der seinen Inhalt durch die Beschlüsse des Reichsausschusses erhält. Darüber hinaus bestimmt sie, daß Arbeiter unter 18 Jahren nur bei solchen Arbeiten beschäftigt werden dürfen, die der Reichsausschuss für unbedenklich erklärt. In den Betrieben sind Ankleideräume abseits der gefährdeten Arbeitsräume einzurichten. Jedem Arbeiter ist das vom Reichsausschuss aufgestellte Merkblatt auszuhändigen. Der Unternehmer hat jede beschäftigte Person bei der Einstellung und später mindestens alle drei Monate über den Inhalt des Merkblattes, insbesondere über die Bedienung gefährlicher Maschinen, zu unterrichten. Mindestens alle drei Monate ist während der Arbeitszeit das schnelle Entweichen aus den Betriebsräumen bei Feuergefahr praktisch zu üben.

Für die Hausarbeit schreibt die Verordnung vor, daß der Unternehmer die genaue Adresse der Hausarbeiter dem Gewerbeaufsichtsbeamten mitzuteilen hat. Die Ausgabe von Zellhorn an Hausarbeiter ist insoweit verboten, als eine Bearbeitung a) durch Feilen, Schaben, Bohren oder andere Vorrichtungen, bei denen Zellhornabfälle entstehen, b) durch Anwärmen oder Beichmachen mittels künstlicher Wärme, ausgenommen mit heißem Wasser, c) unter Verwendung feuergefährlicher Flüssigkeiten notwendig wird.

Der Hausarbeiter darf jeweils Zellhorn nur im Gesamtgewicht von höchstens 5 Kilogramm in der Wohnung vorrätig halten. In den Arbeitsräumen darf nicht geraucht werden. Küchen dürfen nicht als Arbeitsräume benutzt werden.

Ebenso wie die Betriebsarbeiter müssen auch die Hausarbeiter bei der erstmaligen Übergabe von Arbeit und später mindestens alle drei Monate auf die Gefährlichkeit des Zellhorns aufmerksam gemacht werden. Der Unternehmer muß den Hausarbeitern das Merkblatt sowie einen Anschlag „Rauchen ist streng verboten“ auszuhändigen. Dieser Anschlag ist vom Hausarbeiter am Eingang zu seinem Arbeitsraum sichtbar auszuhängen. Mindestens alle sechs Monate hat sich der Unternehmer persönlich oder durch Beauftragte davon zu überzeugen, daß die Vorschriften der Verordnung beachtet werden. In der Werkstatt eines Hausarbeiters, der zweimal wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung verurteilt wurde, ist die Bearbeitung von Zellhorn verboten.

Die Bestimmungen über den Reichsausschuss sind sofort in Kraft getreten; die übrigen Bestimmungen treten 6 Monate nach der Verkündung, also am 20. April 1931, in Kraft.

... sonst gehen wir zur R.P.D.!

Ein sehr aufschlußreiches Schreiben ist uns von einem Kollegen in einer kleineren Stadt in Sachsen zugegangen. Der Kollege bemängelt, daß in dem Artikel über den Aufbau der Krisenfürsorge, den wir in Nummer 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht haben, nicht alle Schönheiten der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober gebührend gewürdigt sind. Unsere Kritik beschäftigte sich tatsächlich nur mit den wichtigsten Bestimmungen der Verordnung und dem dazugehörigen Erlaß über den Personenkreis und die Dauer der Krisenfürsorge. Eine erschöpfende Behandlung des Themas ist uns schon aus Raumrücksichten nicht möglich. So sind auch einige wichtige Bestimmungen über den Personenkreis, auf den sich die Krisenfürsorge erstreckt, nicht genügend erläutert worden.

In dem uns zugegangenen Brief wird heftig polemisiert gegen eine offenbar falsch verstandene Bestimmung. Der Kollege entkräftet sich darüber, daß alle Arbeitslosen, die nach dem 3. November aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert werden, keine Krisenunterstützung erhalten. Er befindet sich in einem Irrtum. Ganz so schlimm sind die entsprechenden Bestimmungen nicht, aber etwas ist schon daran.

Nach § 101 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erhalten die Krisenunterstützung solche Arbeitslose, welche die Wartezeit für die Arbeitslosenunterstützung nicht erfüllt, aber wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben. Die hier in Betracht kommenden Personen werden jetzt aus der Krisenunterstützung ausgeschlossen. In dem Erlaß vom 11. Oktober heißt es unter Ziffer 1, 5: „Krisenunterstützung erhalten nur Arbeitslose, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach § 99 des Gesetzes erschöpft haben (Ausgesteuerte)“. Damit ist einer großen Zahl Arbeitsloser, die bisher einen gesetzlichen Anspruch auf Krisenunterstützung hatten, dieser Anspruch entzogen worden.

In Betracht kommt hier noch die Bestimmung unter V, 1 des Erlasses: „Arbeitslose dürfen zur Krisenunterstützung nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Erlasses ausgeteuert werden.“ Das bezieht sich auf die Personen, die sich in der Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden befinden, aber nach der neuen Verordnung Anspruch auf die Krisenunterstützung bekämen; insbesondere also die Angehörigen der Berufsgruppen, die bisher von dieser Unterstützung ausgeschlossen waren. Wer von dem fraglichen Personenkreis nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung in die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge kam, wird zur Krisenfürsorge auch dann nicht zugelassen, wenn die Voraussetzungen dafür durch die neue Verordnung sonst gegeben wären.

Mit dieser Erklärung dürfte der Irrtum des Kollegen richtiggestellt sein. Sein Brief ist aber so typisch, daß es sich verlohnt, noch mit einem Wort darauf einzugehen. Er sagt von seiner irigen Annahme über den Inhalt der Verordnung ausgehend: „Wenn hier nicht schnellstens Abänderung geschafft wird durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, dann wundern euch nicht, wenn die Arbeitslosen alle zur R.P.D. überrennen. Daß diese uns nicht helfen kann, wissen wir alle, aber die R.P.D. wird dem Arbeitslosen eher Gelegenheit geben, sich mit der Waffe in der Hand an den betreffenden Arbeitgebern zu rächen.“

Hier haben wir ein ungeschminktes Bild von der Verzweiflungstimmung, die unter den Arbeitslosen herrscht. Zugleich auch eine Erklärung für den Ausfall der Wahl am 14. September.

Die Waffe der Wähler der Kommunisten, und für die Nationalsozialisten trifft das in noch höherem Maße zu, weiß wohl, daß ihnen diese Parteien nicht helfen können. Aber sie geben ihren Anhängern doch die Möglichkeit, sich nach Verzeßlust auszutoben. Man braucht die blutrünstigen Liebessarten nicht wörtlich zu nehmen, aber man kann es verstehen, daß das Verlangen nach Rache eine große Rolle spielt in der Gedankenwelt derjenigen, die durch die lange Arbeitslosigkeit von dem Genuß jeder Lebensfreude ausgeschlossen sind. Die eigentliche Ursache der furchterlichen Not ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Mit Recht erhebt man Anklage gegen die Gesellschaft, die so viele Volksgenossen im Elend verkommen läßt. Aber „Wirtschaftsordnung“, „Gesellschaft“ sind abstrakte Begriffe. Wen der Hunger zur Verzweiflung treibt, ist nicht imstande, über abstrakte Begriffe nachzudenken, er will an gegenständlichen Dingen seinen Zorn auslassen. Und die Parteien, die diesen niederen Instinkten Rechnung tragen, erfreuen sich des Zulaufs der Massen, die durch Not und Entbehrung zur Verzweiflung getrieben werden.

In solchen Zeiten ist es schwer, an die Vernunft zu appellieren. Wir müssen uns aber trotzdem bemühen, die wahren Zusammenhänge zu erklären, auch dort, wo man keine Meinung zeigt, sich belehren zu lassen. Aber das allein genügt nicht. Auch derjenige, der die Dinge richtig sieht, fühlt den nagenden Hunger, und die Masse der Notleidenden hat das berechnete Verlangen, dem Elend zu entfliehen. Deshalb müssen auch wirkliche Maßnahmen getroffen werden zur Befreiung der herrschenden Wirtschaftsnöte. Die oben wieder-gegebenen, im Unmut hingeworfenen und nicht für die Veröffentlichung bestimmten Worte sind sehr aufschlußreich. Sie sollten denen zu denken geben, die in der herrschenden Wirtschaftskrise nur den Anreiz für Maßnahmen erblicken, die Lage der Arbeiter noch weiter zu verschlechtern.

Wettbewerb des Drechlerhandwerks.

Vor etwa Jahresfrist beschloß der Reichsverband für das selbständige Drechlergewerbe ein Preisausschreiben zur Erlangung zeitgemäßer Entwürfe, die geeignet sind, der gesamten Drechlerwarenindustrie neue Arbeitsgebiete aufzuzeigen und ihr Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Am 23. Oktober trat das Preisgericht, dem u. a. auch der Reichskunstwart Dr. Redlob angehörte, zusammen, um seine Entscheidung zu fällen.

Um es vorweg zu sagen: der Wettbewerb hat die in ihn gesetzte Hoffnung nicht erfüllt; etwas wirklich Neues hat er nicht hervorgebracht. Ein großer Teil der am Wettbewerb Beteiligten hatte die gestellte Aufgabe wohl kaum begriffen. Davon zeugten die in den bekannten Formen und Ausführungen gehaltenen Entwürfe und Arbeiten, die schon massenweise im Handel sind und — keinen Absatz finden. Aber nicht nur das: viele mußten von vornherein ausgeschieden werden, weil ihnen starke Mängel in bezug auf die Formgebung anhafteten.

Zur Verteilung kamen etwa 80 Preise und 2 Prämien. Letztere betragen je 50 Mk., und die Preise bewegten sich zwischen 20 und 100 Mk. Die unter Leitung von Professor Spannagel stehende Berliner Tischlerfachschule erhielt allein 48 Preise, darunter den 1. Preis und fünf 2. Preise.

Alle Freunde kunstgewerblichen Schaffens müssen sich der Arbeiten freuen, welche die Schüler der Tischlerfachschule in so großer Anzahl und so einwandfreier Art geschaffen haben. Ihre Auszeichnung ist mit Recht erfolgt. Wenn der größte Teil dieser Schülerarbeiten auch nichts Neues darstellt und Dosen, Schalen, Lampen, Beleuchtungskörper u. a. mehr fast allzu reichlich vertreten waren, so ist es vor allem die hervorragende Qualität, welche diese Arbeiten als besonders wertvoll auszeichnet. Mit einigen Arbeiten hat die Tischlerfachschule versucht, über den Rahmen der jetzt üblichen Drechlerarbeiten hinauszugehen. So weist ein Tisch mit gedrehten Füßen und Steg, der mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde, den Möbeldesigner einen Weg zur Verwendung von gedrehten Formen am Möbel. Auch eine Bank und mehrere Stühle mit reichem, in sachlicher Form gehaltenem Sprossenwerk, die Oberfläche in Schleiflack, könnten dem Drechler neue Arbeitsmöglichkeiten erschließen. Gleiches Wohlgefallen fanden auch die Modelle von drei verschiedenen Treppenaufgängen, deren Entwürfe gleichfalls von der Tischlerfachschule stammen.

Außer der Tischlerfachschule hatten noch Schüler der Dortmunder Kunstgewerbeschule und der Dresdener Staatlichen Kunstakademie ausgeführte Arbeiten eingereicht. Leider boten sie in ihrer Art nichts Neues, Wegweisendes.

Das Handwerk selbst hatte keine Arbeiten zum Wettbewerb gestellt. Das ist um so bedauerlicher, weil deshalb der ganz berechtigte Eindruck entstehen mußte, daß die außerhalb des Handwerks stehenden Beteiligten ein weit stärkeres Interesse am Drechlerhandwerk haben als die Drechler selbst. Die Förderung ihres Handwerks kann zunächst nur Angelegenheit der Drechler selbst sein, und deshalb sollten sie in der stärksten Weise hervortreten und nicht von den Architekten und Künstlern alles Heil erwarten. Sie werden auf keinen Fall eine sichere Existenzgrundlage ihres Berufes erreichen, wenn sie auch weiterhin im Hintergrunde bleiben und sich, wie zu dem jetzigen Preisausschreiben, fernerhin auch zu anderen wichtigen Fragen zur Förderung ihres Handwerks so verhalten, als gingen sie diese überhaupt nichts an.

Aufgefallen ist es, daß nicht mehr Entwürfe und Photos von bereits ausgeführten Arbeiten eingereicht worden waren. Das, was von Drechslern eingereicht worden ist, konnte mit nur wenigen Ausnahmen nicht als gut und einwandfrei bezeichnet werden. Dieser bedauerliche Mangel mußte übrigens auch bei vielen Entwürfen von Architekten und Kunstgewerblern konstatiert werden.

Vergeßlich suchte man eine neue Idee. Am sympathischsten waren noch die in das Gebiet der Reklameartikel fallenden Entwürfe, die zumeist groteske Tiergestalten in reiner Drechlerarbeit darstellen. Aber neu und originell sind dieselben auch nicht mehr. Sie bieten aber immerhin den Drechslern etwas Brauchbares, was ihnen ganz gewiß von großem Nutzen sein kann, wenn sie es verstehen, sich auf dem Reklamegebiet als notwendige Handwerker zu erweisen.

Nicht unerwähnt sollen die mannigfachen Entwürfe der in wertvollen Formen gehaltenen Spielwaren und die originellen Reiseandenken bleiben. Allerdings bleibt die Herstellung dieser Sachen ausschließlich den Drechslern in den holzreichen Gegenden vorbehalten, in denen schon von jeher die Spielwarenerzeugung vorherrschend war. Im übrigen sind die Spielwaren in modernen künstlerischen Formen, die schon dem spielenden Kinde einen Sinn für Formschönheit vermitteln sollen, schon längst im Handel, so daß die eingegangenen Entwürfe ihrer Art auch nichts Neues brachten.

Abschließend kann zu dem Wettbewerb gesagt werden, daß wohl eine überraschend große Anzahl von Photos und Entwürfen eingegangen ist, aber leider entsprach nur ein recht geringer Teil den gestellten Bedingungen. Die Künstler und Kunstgewerbetler, die Autoritäten, deren Namen eine Richtung, ein Programm bedeuten, fehlten gänzlich. Das hat die Enttäuschung vollständig gemacht, denn gerade mit deren Beteiligung ist bestimmt gerechnet worden.

Der Ausfall des Wettbewerbs hat gezeigt, daß die Ansichten auf Zurückgewinnung ehemaliger Arbeitsgebiete, auf denen die Drechler einst als notwendige Handwerker galten, durchaus nicht bessere geworden sind. Das ist besonders auch im Interesse unserer Kollegen zu bedauern, welche an der

lang anhaltenden Krise ihres Berufes weit schwerer zu tragen haben als der selbständige Handwerker, der sich durch größere oder kleinere Aufträge aller Art doch noch zur Not über Wasser halten kann.

Im übrigen ist der Wettbewerb nicht anders ausgelaufen wie ähnliche Preisausschreiben anderer Gewerbe, mit denen bezweckt wurde, die wirtschaftliche Lage des betreffenden Berufes zu heben. Der so oft anzutreffende Glaube, daß es nur eines Preisausschreibens bedarf, um alle wirtschaftliche Not und die Abneigung gegen ein Handwerk zu beheben, ist recht naiv. Bei solchen Preisausschreiben schieben sich meistens Dilettanten und mittelmäßige Kräfte in den Vordergrund, die kaum Gefahr laufen, dabei ihren Ruf einzubüßen. Doch auch die besten Kräfte, auf Autoritäten, auf Künstler von Ruf, kann das preisausschreibende Gewerbe nicht rechnen. Aber gerade auf solche Kräfte kommt es an, weil nur mit deren Hilfe eine allerdings auch begrenzte Möglichkeit besteht, wenigstens einen Achtungserfolg herbeizuführen.

Der Wettbewerb hat gezeigt, daß auf diesem Wege dem so arg daniederliegenden Drechlerhandwerk nicht geholfen werden kann und daß die Grundlagen der heute herrschenden Stilauflösung durch solche Veranstaltungen nicht zu erschüttern sind.

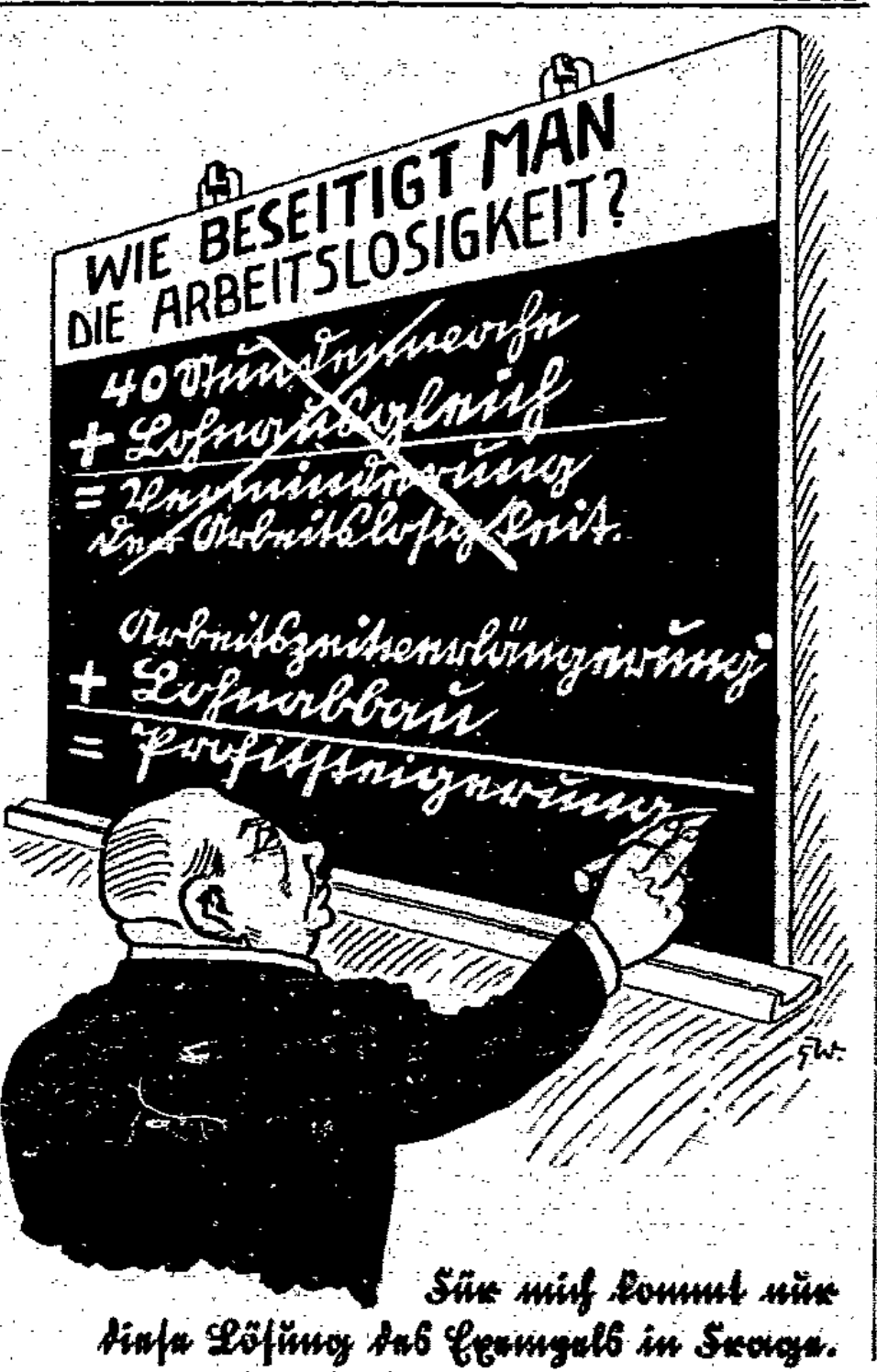
Alle zu dem Wettbewerb der Drechler eingereichten einwandfreien Arbeiten sollen beschlußgemäß katalogisiert werden. Der Katalog soll allen Architekten, Kunstgewerblern und sonstigen Interessenten, deren Einfluß dem Handwerk nützlich sein könnte, kostenlos übermittelt werden.

Darauf allein darf sich aber das Drechlerhandwerk nicht beschränken, zumal über seine kunstgewerblichen Qualitäten an sich kein Streit besteht. Es muß vielmehr, will es künftig eine breitere kunstgewerbliche Basis gewinnen, seine guten und besten Arbeiten in weit stärkerer Weise als bisher der Allgemeinheit zugänglich machen und sie der Beurteilung eines größeren Publikums unterstellen. Es muß also ständig die Ausstellungen unterhalten, womit sicher erreicht würde, daß ein größerer Kreis mit den neuzeitlichen Drechlerarbeiten bekannt und vertraut würde. Eine Ausstellung wird immer das wirksamste Propagandamittel eines Gewerbes bleiben, und deshalb sollten auch die Drechler die Ausstellungsmöglichkeiten künftig mehr als bisher erörtern. Dann dürfte es ihnen sicher gelingen, ihr Handwerk durch die schwere Zeit hindurchzubringen und ihre Handwerkskunst der Allgemeinheit zu erhalten.

Paul Kising.

Die Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit.

Als ein Mittel, nicht sowohl zur Beseitigung der Krise, aber doch zur Linderung der Arbeitslosigkeit hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die gefühlige Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden gefordert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag im Reichstag eingebracht, und die preussische Regierung hat der Reichsregierung Vorschläge zur Linderung der Krise unterbreitet, unter denen die 40-Stunden-Woche an erster Stelle steht. Das Verlangen nach einer starken Verkürzung der Arbeitszeit wird auch von manchen einsichtigen Unternehmern stark unterstützt und in einigen Betrieben, wie in einer großen Fabrik in Harburg, wo man an Stelle von drei achsstündigen vier sechsstündige Schichten einführt, hat man damit gute Erfahrungen gemacht. Aber die große Zentralorganisation der Unternehmer sagt Nein!



Am 3. November hat sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in einer Sitzung mit der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit beschäftigt. Das Ergebnis der Aussprache war, daß die Unternehmer eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit ablehnen. Die Voraussetzung einer Belebung der Wirtschaft sei eine Senkung der Gestehungskosten. Darunter verstehen sie in erster Linie eine starke Senkung der Löhne. Nicht Herabsetzung der Arbeitszeit, sondern verlängerte Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen würde zur Senkung der Gestehungskosten führen. Am liebsten aber wäre ihnen eine Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichzeitiger Senkung der Löhne.

Die maßgebenden Vertreter des Unternehmertums stehen auf dem Standpunkt, daß die Sicherung des Profits die wichtigste Aufgabe der Wirtschaft sei und daß die große Arbeitslosigkeit die bequemste Gelegenheit biete, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, um auf diesem Wege die Gestehungskosten zu senken. Nach diesem Rezept wird ja auch schon von vielen Unternehmern gehandelt. Um so notwendiger ist der Zusammenhalt der Arbeiterschaft zur erfolgreichen Abwehr dieses Ansturms.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund.

Auf der Sitzung des Vorstandes des IGW, die am 29. September und 1. Oktober in Amsterdam abgehalten wurde, erfolgte die Wahl des Generalsekretärs. Diese Aufgabe, die der Stockholmer Kongress dem Vorstand übertragen hatte, wurde in der Weise gelöst, daß der seitherige Untersekretär Schevenels einstimmig gewählt wurde. Schevenels ist Belgier. Er ist im Jahre 1894 geboren und hat sich schon frühzeitig in der Metallarbeiterbewegung seiner Heimat betätigt. Seit dem Jahre 1923 war er Generalsekretär seiner Organisation in Antwerpen. Vor reichlich einem Jahre wurde er Untersekretär im Internationalen Gewerkschaftsbund. Sein neues Amt soll er möglichst am 1. Januar 1931 antreten. Der seitherige Generalsekretär Cassenbach hat sich auf Ersuchen des Vorstandes bereit erklärt, so lange im Amte zu bleiben. Für die Wahl eines neuen Untersekretärs sollen die Landeszentralen Vorschläge machen. Die Wahl soll in der für den 9. Dezember anberaumten Sitzung des Vorstandes vorgenommen werden.

Die vom Stockholmer Kongress beschlossene Übersee-Erweiterung des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam nach Berlin war zum 1. April 1931 in Aussicht genommen. Dieser Termin wurde mit Rücksicht auf die im April in Madrid tagende Ausschusssitzung auf den 1. Juli 1931 verschoben.

Zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale besteht ein enges Einvernehmen, das seinen Ausdruck findet in der Einsetzung gemeinsamer Ausschüsse. So entsandte der Vorstand des IGW einige Vertreter in einen gemeinsamen Ausschuss mit der SAJ, gebildet zur Prüfung gemeinsamer Gesichtspunkte bei der Durchführung der wirtschaftlichen Richtlinien des IGW, und weiter Vertreter in eine Kommission, die beauftragt ist, zu untersuchen, welche Maßnahmen gegen die überhandnehmende Arbeitslosigkeit ergriffen werden können. Die von der SAJ eingeleitete Anti-Kriegsaktion beschloß der Vorstand in jeder Weise zu unterstützen. Für den Matteotti-Fonds der SAJ wurden 10 000 Gulden bewilligt. Die Landeszentralen und die internationalen Berufsekretariate sollen eingeladen werden, gleichfalls Beiträge an diesen Fonds abzuführen.

Die vom Stockholmer Kongress beschlossene Untersuchung über die Möglichkeit einer festeren Eingliederung der Berufsinternationales in den IGW soll nun von den Sekretären eingeleitet werden. Von den weiteren Beschlüssen ist zu erwähnen die Anerkennung des Internationalen Bundes der Maschinisten- und Heizerverbände. Eine zweite gewerkschaftliche Balkankonferenz soll im nächsten Jahre abgehalten werden. Ebenso soll im nächsten Jahre wieder eine Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder abgehalten werden, und zwar diesmal in England.

Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt.

Der Hauptauschuß der Arbeiterwohlfahrt, die Wohlfahrtsorganisation der SPD, veranstaltet jetzt zum fünften Male eine Weihnachtslotterie. Wie in den früheren Jahren, so dient auch dieses Mal wieder der gesamte Reinertrag der Lotterie der Durchführung der von der Arbeiterwohlfahrt gesteckten Aufgaben. Das ungeheure Maß der gegenwärtigen Notlage ist bekannt. Die dadurch bedingte Anspannung der öffentlichen Mittel hat aber auch zu einer sehr einschneidenden Beschränkung der öffentlichen Zuschüsse für die Arbeit der anerkannten Wohlfahrtsorganisationen geführt, so daß mehr als je die Weiterführung ihrer Arbeiten von der Möglichkeit abhängt, die erforderlichen Mittel durch eigene Anspannung aller Kräfte aufzubringen. Die Arbeiterwohlfahrt wurzelt ausschließlich in der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung. Dementsprechend will sie auch mit ihrer Arbeit gerade diesen Schichten Hilfe bringen, ein Streben, das auch die volle Zustimmung der Gewerkschaften findet.

Ein Los der Arbeiterwohlfahrtslotterie kostet 50 Pf., ein Doppellos 1 Mk. Zur Verlosung kommen 139 674 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtwerte von 500 000 Mk. Auf Wunsch werden alle Gewinne mit 90 Prozent ausgezahlt. Der Verkauf der Lose erfolgt in allen Konsumvereinsgeschäften, bei den örtlichen Beauftragten der Arbeiterwohlfahrt und bei den Ortsauschüssen des IGW.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes.

Warnung vor einem Schwindler!

Der Tischler Bruno Klein, angeblich am 10. Juli 1884 in Brandenburg geboren, versucht mit einer falschen Bescheinigung, daß er sein Mitgliedsbuch verloren hat, Unterstützung von unseren Verwaltungsstellen oder auch den Ortsausschüssen des HGB. zu erlangen. Wir erjuden dringend, dem Klein diese Bescheinigung abzunehmen und sie uns einzusenden. Mit seinen Ansprüchen auf Unterstützung ist er unbedingt abzuweisen.

Der Verbandsvorstand.

Gibt es noch einen Bildhauerberuf?

Diese Frage drängt sich auf angesichts der Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage, unter welcher besonders diejenigen Berufsgruppen zu leiden haben, die nicht nur auf reine Gebrauchsartikel eingestellt sind, sondern die neben dem Sachlichen und Zweckmäßigen auch das Schmückende berücksichtigen, also die Kunsthandwerklichen Berufe.

Die Folge ist, daß unsere Bildhauerkollegen, die schon seit Jahr und Tag oder richtiger eine ganze Reihe von Jahren im Berufe keine Beschäftigung finden, sich jetzt nahezu ganz und gar als ausgeschaltet betrachten. Die wenige Arbeit, die noch vorhanden ist, wird von den Kleinmeistern ohne Gehilfen fertiggestellt. In unserem Berufe waren schon seit mehreren Jahren von 100 Kollegen höchstens 25 vorübergehend beschäftigt; bei der jetzigen Krise im Holzgewerbe ist die Lage noch schlechter geworden. Da ist es begreiflich, wenn man unseren Versicherungen, daß es doch noch einmal wieder aufwärts gehen wird mit unserem Berufe, wenig Vertrauen entgegenbringt. Mancher Kollege denkt wohl: Will uns der Alte von der Zentralkommission wieder einmal ermahnen, zu handeln und nicht zu verzweifeln, wie er es zuletzt in der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom 5. April getan hat? Gätten wir noch unseren alten Bildhauerhumor, wir würden fragen, womit sollen wir handeln? Für Bildhauerarbeiten ist uns der Markt verschlossen. Der Bedarf an Möbelaufgaben wird durch leihhaftes Angebot der Kleinmeister gedeckt und für bessere Arbeiten in der Werkstatt mit Gehilfen ist die Zeit noch nicht gekommen. Nun wissen wir ja, so werden unsere Kollegen hinzufügen, daß der „Alte“ etwas anderes mit dem Handeln gemeint hat; wir wollen in der Abwehr gegen die Heißsporne des „reinen“ Sachlichkeitsrits nicht erlahmen, vor allem aber fest zum Verbands stehen und zur Zentralkommission.

So ist es. Wollen wir nicht verkennen, daß wir uns in einer schweren allgemeinen Wirtschaftskrise befinden, wozu kommt, daß eine völlige Umwälzung vieler Berufe sich zeigt. Die geradezu sich überflüssigende Entwicklung der Technik, dazu eine Rationalisierung in immer weiterem Umfange drängt den Berufsarbeiter mehr und mehr in den Hintergrund. Der Niedergang im Bildhauerberufe ist allerdings nur zu einem kleinen Teil darauf zurückzuführen, viel mehr auf die moderne Stilrichtung. Wenn die Überladung mit ornamentaler und figurlicher Plastik der Barock- und Rokokozeit damit getroffen werden soll, wäre das verständlich, aber nicht, daß man uns die absolut glatte Fläche als das Symbol der neuen Zeit schmachtet zu machen sucht. Wir geraten damit in eine unerträgliche Stilode hinein. Man lehnt nicht nur jede ornamentale und figurliche Plastik ab, sogar jedes Bild, jedes schöne Gemälde in den Wohnräumen ist für die Fanatiker des neuen Stils ebenfalls eine Verhöhnung der reinen Sachlichkeit.

Dagegen wenden sich alle diejenigen, die Kunst und Kunstgewerbe auch im neuen Staatswesen nicht entbehren wollen. So erklärte der sozialdemokratische Redner bei der Beratung des Haushalts des Reichsinnenministers im Reichstag: „Daß die Republik die Pflicht habe, sich auch der deutschen Kunst in einem höheren Maße anzunehmen, als es bisher der Fall war. Die deutsche Kunst verflümmert, es mangelt die Anregungen und Aufträge. Man muß von der Republik verlangen, daß sie ihre Pflichten auch nach der Richtung erfüllt.“

Die Künstler-Bereinigung Berliner Bildhauer hatte sich mit einer Eingabe an den preussischen Minister für Kunst und Wissenschaft gewandt zwecks Behebung der Notlage der Berliner Bildhauer. Man lese mit Vergnügen eine Bewegung immer weiter um sich greifen, die bewußt auf die Unterdrückung bildender Kunst bei öffentlichen Aufgaben ausgeht. Nicht nur, daß jede Verwendung von angewandter Kunst an öffentlichen Bauten möglichst regiert wird, auch die Entlohnung von künstlerischen Fragen, die nur vom Künstler selbst schmerzhaft entschieden werden können, wird immer mehr an Sachverständigen und Künstlerlich nicht vorgebildeten Berufsbeamten anvertraut. Von der Arbeit der Künstler, besonders der Bildhauer, sind zahlreiche Handwerker und die letzten Kunsthandwerker abhängig, vor allem Holz- und Steinbildhauer, Bronzegießer, Goldschmiede. Auch diese sind zur Unterdrückung verurteilt, müssen zu jeder untergeordneten Arbeit hinhaken oder der Arbeitslosenunterstützung zur Last fallen.

In der Kaspische, die dann mit dem Minister stattfand, nahm auch der Bildhauer Feuerhahn teil, der unsere

Bestrebungen, die der Bildhauer der angewandten Kunst, des Kunsthandwerks, allezeit gefördert hat. Die dort geschilderte Notlage wurde anerkannt. Es sei ganz selbstverständlich, so führte der Minister Grimme aus, daß auch im jetzigen Staat die deutsche Kunst nicht vernachlässigt werden dürfe. Künstlern und Kunsthandwerkern müsse unbedingt geholfen werden durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Nebenbei erwähnt sei, daß, wenn 50 Millionen für das jüngst eröffnete neue Pergamon-Museum, also für tote Kunst, verausgabt worden sind, doch auch für die lebende Kunst Gelder flüssig gemacht werden müßten, wenn auch in einem der heutigen Zeit entsprechenden bescheidenem Maße. Für die Renovierung der Plastiken am Berliner Schloß sind auch schon Gelder zur Verfügung gestellt worden.

Der Allgemeine Deutsche Bildhauerbund, die Organisation der handwerklichen selbständigen Bildhauer, hielt anläßlich seines zehnjährigen Bestehens seinen Bundestag im August dieses Jahres in Weimar ab, wo er 1920 gegründet wurde. Trotz der schweren Berufsrisse und großer Schwierigkeiten wurde der Bund aufrechterhalten in der Hoffnung, daß die Stilmode der sogenannten neuen reinen Sachlichkeit in jetzt absehbarer Zeit überwunden sein wird. So weit braucht man nicht zu gehen, dazu sind die entgegenstehenden Kräfte noch zu stark. Aber es zeigt sich eine lebhaftere Opposition gegen die einflussreichen Architekten der schmucklosen Stilrichtung und die sie protektierenden Deutschen Werkbund. Jedenfalls wäre es falsch, wenn unsere Kollegenschaft vollständig in Lethargie verfallen würde; dann wäre aber auch die Zentralkommission überflüssig.

Die von Zeulenroda angeregte Branchenkonferenz können wir nicht befürworten, da sie einen Einfluß auf die Berufsverhältnisse zurzeit nicht ausüben kann. Was getan werden kann, ist Sache der Zentralkommission. Neue Vorschläge aus Kollegentreifen nehmen wir gern entgegen.

Mit Ausnahme von Frankreich herrscht in allen europäischen Ländern große Arbeitslosigkeit, aber auch in Amerika zeigt sich eine Wirtschaftskrise in einem Ausmaße wie nie zuvor. Auch unsere Kollegen dort drüben werden hart davon betroffen. Die Holzbildhauerorganisation Nordamerikas (International Woodcarvers Association) sucht durch Artikel und Inserate in geeigneten Zeitungen für den plastischen Schmuck zu werben. Wie die Amerikaner alle europäischen Stile nachgehakt haben; so bleiben sie auch von unserem neuen Sachlichkeitsstil nicht unbeeinflusst.

Unsere Haupttätigkeit wird sich auch fernerhin darauf beschränken, für die Verwendung plastischen Schmucks zu wirken, da unseres Erachtens der Bildhauerberuf nicht erledigt ist.

Wir benugen diese Gelegenheit, dem Verfasser des vorstehenden Aufzuges, unserem Kollegen Paul Dupont, zum 75. Geburtstag zu gratulieren. Dupont ist am 13. November 1855 geboren. Er war seit dem Jahre 1899 Vorsitzender des Zentralverbandes der Bildhauer. Mit dessen Übertritt im Jahre 1919 ist auch Dupont in den Dienst des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes getreten. Nun ist er seit einigen Jahren im Ruhestand, allerdings in einem „Ruhestand“, wie er ihn auffaßt. Das heißt, er betätigt sich nach wie vor sehr aktiv für die Organisation und insbesondere natürlich für die Interessen seiner engeren Berufsgenossen, der Bildhauer. Das hält ihn frisch und munter. Dupont erfreut sich noch einer leidlich guten Gesundheit, und er hat seinen alten Bildhauerhumor nicht verloren. Wir dürfen also hoffen, daß der „Alte“ noch manchen Geburtstag in diesem Jammertal feiern wird.

Aus dem Bezirk Oberweiler.

In dieser Zeit, da allgemein über schlechten Geschäftsgang geklagt wird, ist es erfreulich, daß aus dem Bezirk Oberweiler ein etwas besseres Bild der Geschäftslage gegeben werden kann. Zwar gibt es auch hier Betriebe, in denen die Lage als ungünstig bezeichnet werden muß, aber dafür herrscht in anderen flotter Geschäftsgang. So ist es uns auch gelungen, den kleinen Mitgliederverlust, den uns die Gründung eines Werkvereins in einem Betrieb in Holzwinden gebracht hat, nicht nur auszugleichen, durch intensive Agitation haben wir sogar den Mitgliederstand vom Beginn dieses Jahres beträchtlich überschritten.

Die besten Erfolge haben wir in Uslar erzielt. Hier hat ein fünfstägiger Streik bei der Firma Neugarten u. Eichmann aufrüttelnd gewirkt und den Kollegen den Wert des Verbandes recht deutlich vor Augen geführt. In Uslar ist übrigens der Geschäftsgang außergewöhnlich flott. So hat z. B. die Sollinger Holzwarenfabrik eine Nachtisch einrichten müssen. Auch die Firma Kle u. Co. ist gut beschäftigt und bei Neugarten u. Eichmann wird nicht nur wieder voll gearbeitet, die Betriebsanlagen sind auch wesentlich erweitert worden.

Mit Carlmann Kasper Künemann ist am 46. Wochanbauern tag flüchtig

In dem Sperrholzwert von Traun u. Co. in Carlshafen, wo es lange Zeit sehr schlecht ging, hat sich der Geschäftsgang in der letzten Zeit merklich gehoben. Die Firma Löwenherz, Holzwarenfabrik, in Laue n s ö r d e ist im Juni von einem größeren Brande heimgesucht worden. Sie hat seither größere Fabrikbauten errichtet, in denen an 600 Arbeiter beschäftigt werden können. Aus der Zeitung des Betriebs ist Herr Oskar Löwenherz kürzlich ausgeschieden. Gerüchweise verlautet, daß er die Errichtung eines neuen Betriebes plant und daß diesertwegen Verhandlungen mit einem englischen Konsortium schweben.

Schlechter ist der Geschäftsgang in Beverungen. Hier hat die Firma Ernst Rose beabsichtigt, den Betrieb zum 18. Oktober stillzulegen, nachdem die üblichen Stilllegungsverhandlungen gepflogen waren. Der Betrieb ist zwar nicht stillgelegt, aber ein großer Teil der Belegschaft ist entlassen. Sehr schlecht sieht es auch in Holzwinden aus. Die Firma Ulrich, die im Sommer gut beschäftigt war, hat die Belegschaft von 140 auf 60 vermindert. Auch in anderen Betrieben sind Entlassungen vorgekommen. Günstiger ist die Geschäftslage auf dem Sperrholzwert von Sasse. Start nachgelassen hat die Beschäftigung in den Sägewerken. Bei der Firma Karl Haasper in Stadoldendorf ruht der Betrieb auf 3 Wochen, auch bei Robert Haasper ist der Betrieb geschlossen. In den Weser-Sperrholzwerten in Eschershause n war die Belegschaft den Sommer über auf 35 Mann reduziert, zurzeit sind aber wieder infolge Besserung des Geschäftsganges 50 Mann beschäftigt.

Der Kampf der Säger in Ostpreußen.

Der Kampf in der ostpreussischen Sägewerksindustrie geht in unveränderter Schärfe weiter. Auf die Beschwerde unseres Gauvorstandes gegen die Maßnahmen der Polizei in Ortelburg hat die Behörde eingegriffen und die Polizeimannschaften, die selbst des nachts im bestreikten Betriebe des Kommerzienrats Anders schliefen, zurückgezogen.

Am 1. November d. J. ist nunmehr das tarifliche Lohnamt unter Vorstg des Landgerichtsdirektors Dr. Weidmann (Allenstein) zusammengetreten. Es fällt nach langen schwierigen, aber sachlichen Beratungen folgenden Schiedspruch: Die seitherigen Löhne des alten Lohnvertrages vom 2. März 1929 gelten unverändert weiter bis zum 31. März 1931. Die Unternehmer haben diesen Schiedspruch abgelehnt. Unsere Kollegen haben ihm zugestimmt und bereits die Verbindlichkeitsklärung im beschleunigten Verfahren beim Landeslichter der Provinz Ostpreußen beantragt.

Indessen verluhen die bestreikten Unternehmer mit allen Mitteln, Streikbrecher heranzuziehen. Sie lassen es sich eine erhebliche Stange Geld kosten und fahren mittels Mietautos auf die Dörfer, um Arbeitswillige heranzuziehen. Soweit ihnen das gelingt, sorgen unsere Kollegen für genügende Aufklärung, und in den allermeisten Fällen kommen diese mit allen möglichen Versprechungen herangelockten Arbeitswilligen am nächsten Tage nicht wieder. Die bestreikten Unternehmer haben sich auch an eine große Zahl Arbeitsämter gewandt, die auch zum Teil tatsächlich Arbeitswillige in Unkenntnis der Vorgänge vermittelt haben. Auf Vorstelligwerden unseres Gauvorstandes beim Präsidenten des Landesarbeitsamts hat dieser an die betreffenden Arbeitsämter entsprechende Anweisung gegeben, wodurch diese Streikbrechervermittlung abgestellt wurde. Unsere in den Kampf gezwungenen Kollegen sind gewillt und fest entschlossen, ihren berechtigten Kampf fortzusetzen, um das von den Unternehmern in so brutaler Weise ihnen aufgebürdete Lehnbildat zurückzuweisen und die Unternehmer zu zwingen, sich dem Schiedspruch des Lohnamtes zu unterwerfen.

Verständigung in Hamburg.

Nach Ablauf des Lohnabkommens für die Holzindustrie setzten in Hamburg bei vereinzelt Unternehmern Bestrebungen ein, Lohn- und Verdienstkürzungen vorzunehmen. Zum Teil konnten diese Versuche, ohne daß in eine besondere Abwehraktion eingetreten werden mußte, zurückgewiesen werden. Bei einer Firma in der Möbelindustrie und einer weiteren in der Baubranche kam es jedoch zur Arbeitsniederlegung, und dazu kam dann am 14. August auch die Pianofortefabrik von Steinway & Sons. Auch hier war beabsichtigt, die Verdienste der Belegschaft um 10 Prozent herabzusetzen, und man versuchte, deren Widerstand dadurch zu brechen, daß die Entlassung angedroht wurde. Das hatte zur Folge, daß einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit niederzulegen, und seit dem 14. August befand sich die Belegschaft im Streik.

Dieser Kampf konnte nunmehr nach einer Dauer von 11 Wochen beendet werden. Die Vereinbarungen über die Wiederaufnahme der Arbeit schließen jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aus. Die gesamte Belegschaft hat die Arbeit zu ihren alten vereinbarten Löhnen wiederaufgenommen. Damit ist in der Klavierindustrie ein Kampf erfolgreich für die Holzarbeiter abgeschlossen worden, der für diese Industrie gewiß von nicht untergeordneter Bedeutung ist.



Holzindustrie



Was wird aus dem deutsch-polnischen Holzabkommen?

Das Handelsabkommen, das am 17. März 1930 zwischen Deutschen und polnischen Regierungsvertretern vereinbart wurde, ist noch nicht in Kraft. Der Grund dafür ist, daß es weder in Deutschland noch in Polen viele Freunde gefunden hat. Polen hat inzwischen wohl sogar einige Abänderungen des feierlich vereinbarten Abkommens verlangt, worauf die deutsche Regierung aber nicht eingegangen ist und auch nicht eingehen kann. Rein formell befinden Deutschland und Polen sich noch und seit bereits mehr als fünf Jahren im Handelskrieg. Die Wirklichkeit sieht glücklicherweise anders aus: wenn die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern auch nicht befriedigend sind, so sind sie doch ziemlich normal. Trotz alledem wäre die möglichst sofortige Inkraftsetzung des damals vereinbarten Handelsabkommens erwünscht, sie läge auch im Interesse beider Länder.

Augenblicklich läßt sich leider nicht übersehen, wann die Inkraftsetzung erfolgen wird. Ja, die Dinge liegen vielmehr so, daß mit einer Verschärfung der Gegensätze zwischen Deutschland und Polen gerechnet werden muß. Es handelt sich um folgendes:

Das am 9. Januar 1929 abgeschlossene deutsch-polnische Holzabkommen läuft am 31. Dezember 1930, also in wenigen Wochen, ab. Das Handelsabkommen vom März enthält über die Holzbeziehungen und die Holzzölle keine Bestimmungen, weil man hoffte, bis zum Ablauf des Holzabkommens auf der ganzen Linie zu einer endgültigen Verständigung gekommen zu sein. Daß die Dinge anders gelaufen sind, haben wir bereits gesagt: heute besteht nicht einmal ein vorläufiges Handelsabkommen, geschweige denn ein Handelsvertrag.

Das Holzabkommen läuft also Ende dieses Jahres ab, und nun entsteht die Frage: Soll es erneuert werden oder nicht? In Polen ist man wohl allgemein für die Erneuerung. Anders ist die Stimmung in Deutschland. Hier sind es vor allem die Waldbesitzer, die mit aller Entschiedenheit dagegen sind. „Alle an der deutschen Holzwirtschaft Beteiligten müßten sich darüber einig sein, daß aus Gründen der allgemeinen Handelspolitik eine Erneuerung des Holzabkommens für das Jahr 1931 gar nicht erwärtert wird; denn eine Sperre der polnischen Grenze für Schnittholz ist sehr wohl geeignet, eine ruhigere Gestaltung des deutschen Schnittholzmarktes anzubahnen, nachdem eine riesige Überschwemmung mit derartigen Hölzern und der durch Rußland mit verursachte Preissturz einen untragbaren Zustand geschaffen haben“, heißt es in einer Erklärung der Waldbesitzerverbände.

Zur Begründung ihrer Forderung verweisen die Waldbesitzer auf „die Mengen Rundholz, die in den deutschen Wäldern liegen und verfaulen“, und auf „die überfüllten Schnittholzlager der deutschen Sägewerke und Holzhandlungen“. Wir verweisen demgegenüber auf die Feststellung der preussischen Staatsforstverwaltung, „daß die Restbestände an unperkauftem Rundholz aus dem am 30. September 1930 abgelaufenen Forstwirtschaftsjahr im allgemeinen keineswegs so erheblich sind, daß sie maßgebenden Einfluß auf den Holzeinschlag im Holzwirtschaftsjahr 1931 ausüben könnten“. Und der „Holzmarkt“ schrieb am 26. Oktober: „daß in Deutschland auffallend große Lagerbestände an Schnittholz vorhanden wären, kann man nicht behaupten, vielmehr sind die Bestände sogar verhältnismäßig gering, was sich zwar statistisch nicht nachweisen läßt, was man aber gefühlsmäßig wohl behaupten kann, denn die Kapitalknappheit und die Schwierigkeiten des Kredits haben schon allein dafür gesorgt, daß bei jedem die Lagerbestände kleiner gehalten wurden, als man es in früheren Zeiten gewohnt war“. Diese Äußerungen kommen der Wahrheit viel näher als die Zweckbehauptungen der Waldbesitzer. Die Gründe, die von den Waldbesitzern und einigen Sägewerksunternehmern gegen die Erneuerung des deutsch-polnischen Holzabkommens vorgebracht werden, sind nicht stichhaltig. Wie die Dinge liegen, halten wir eine Verständigung mit Polen mindestens für wünschenswert.

Nach dem jetzt noch geltenden Abkommen kann Polen im Jahre 1,25 Millionen Kubikmeter Schnittholz einführen, und zwar zu einem Zollsatz von 6 Mk. je Kubikmeter. Diese Menge wird für das laufende Jahr nicht erreicht werden, es sei denn, daß die Einfuhr in den nächsten Wochen noch stark steigt. Das wird der Fall sein, wenn mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden kann, daß eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen nicht erfolgt. Dann werden die Polen noch soviel als möglich Holz aus- und die deutschen Händler soviel als möglich einführen. Damit diese Heißjagd vermieden wird, ist zu wünschen, daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungsvertretern sofort aufgenommen und in aller Eile zum Abschluß gebracht werden.

Wenn wir diese Forderung erheben, so nicht etwa deshalb, weil die Polen mit Maßnahmen gegen Deutschland im Falle des Nichtzustandekommens eines neuen Holzabkommens drohen. Nach Zeitungsmeldungen soll eine Konferenz der zu-

ständigen polnischen Minister beschlossen haben, wenn eine Verständigung nicht erfolgt, bei der Rundholzausfuhr nach Deutschland die hohen polnischen autonomen Ausfuhrzölle in Anwendung zu bringen. Daß diese Maßnahme die deutsche Holzindustrie schädigen würde, ist zweifellos, aber die Polen sollten sich doch darüber im klaren sein, daß auch Deutschland gegen Polen gewisse Trümpfe in der Hand hat.

Im Interesse beider Länder sind wir gegen ein Neuaufleben des Holzkrieges und damit des Zollkrieges auf der ganzen Linie. Wir fordern eine Verständigung. In der Öffentlichkeit hat man sich auch darüber unterhalten, wer den ersten Schritt dazu tun soll. Wir finden diese Frage lächerlich, wenn sie zum System der heutigen Diplomatie auch durchaus gehört. Da eine Regierung aber doch den Anfang machen muß, sind wir nach Lage der Verhältnisse der Meinung, daß Polen den ersten Schritt tun müßte, denn Polen hat im Augenblick an der Erneuerung des Holzabkommens das größte Interesse. Aber auch Deutschland würde sich nichts vergebem, wenn es sich bereit erklärte, über diese Frage zu verhandeln. Es steht letzten Endes mehr auf dem Spiel als der gute Ruf vermeintlicher gewiegter Diplomatie.

Rufhewehh AG.

Die Rufhewehh AG. in Langenöls (Bezirk Liegnitz) teilt uns zu der Notiz in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit, daß sie Ende Oktober 620 Arbeiter (einschließlich der 27 Lehrlinge) beschäftigt habe. Selbst in der ungünstigen Geschäftszeit, im August, habe die Belegschaft 598 Köpfe betragen, also rund 70 mehr, als wir für Oktober angegeben hatten.

Zu dieser Berichtigung haben wir zu bemerken, daß unsere Angaben sich nur auf die Holzarbeiter bezogen. Die reichlich 30 im Betrieb tätigen Metallarbeiter haben wir nicht mitgezählt. Auch die Lehrlinge zählen wir nicht mit, da diese für eine Konjunkturstatistik nicht in Betracht kommen. Dennoch stimmen die Zahlen noch nicht ganz überein, was, wie eine Nachprüfung unseres Materials ergeben hat, auf einen Schreibfehler in der Berichterstattung an uns zurückzuführen ist. Im übrigen veröffentlichen wir die Berichtigung der Rufhewehh AG. gern, da sie erkennen läßt, daß es wenigstens in Langenöls wieder vorwärtsgeht.

Ruhe sanft!

Die „Holzindustrie“, das in Berlin erscheinende Organ des Wirtschaftsverbandes der Holzindustrie und des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie und des Holzgewerbes, ist sanft entschlafen. Am 24. Oktober gab der Verlag Annoncexpedition des Kolonialkriegerdant G. V. GmbH. in Berlin, bekannt, daß die „Holzindustrie“ am 1. November 1930 in der Besiz des Verlages Heidelberger Zeitschriften GmbH., Heidelberg, übergehe und mit der Zeitschrift „Holzbearbeitungsmaschine“ vereinigt werde. Und die Heidelberger Zeitschriften-Gesellschaft m. b. H. berichtete am gleichen Tage, daß sie die „Holzindustrie“ käuflich erworben habe, um sie mit ihrer Zeitschrift zu vereinigen. Ab 8. November erscheine ein neues Organ unter dem Titel: „Die Holzindustrie“, vereinigt mit der Zeitschrift „Holzbearbeitungsmaschine“, alleiniges offizielles Organ des Wirtschaftsverbandes der deutschen Holzindustrie und des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes e. V.

Der Verlag Annoncexpedition des Kolonialkriegerdant nennt das Eingehen der Berliner „Holzindustrie“ „einen erfreulichen Zusammenschluß“. Und der Heidelberger Verlag schreibt: „Durch diese Vereinigung von „Holzindustrie“ und „Holzbearbeitungsmaschine“ wird ein lang gehegter Wunsch der gesamten Holzverarbeitenden Industrie in Erfüllung gebracht, daß in einer einzigen Zeitschrift sämtliche Probleme der Wirtschaft, Sozialpolitik und Technik behandelt werden.“

In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Berliner „Holzindustrie“ der offensichtlichen Abonnentenwindflucht endlich erlegen ist und daß die „Holzbearbeitungsmaschine“ hofft, mit Hilfe der verbliebenen paar Abonnenten der sanft entschlummerten „Holzindustrie“ noch einmal gesund zu werden. Ob diese Hoffnung in Erfüllung gehen wird, bleibt abzuwarten. Sie wird bestimmt fehlschlagen, wenn auch die neue „Holzindustrie“ zum Tummelplatz von Leuten wird, die von der Holzindustrie und ihren Bedürfnissen keine blasse Ahnung haben. Wir erinnern nur an die Ergüsse des letzten Redakteurs der alten „Holzindustrie“, des Herrn Dr. Mohaupt, der im Bewußtsein seiner Doktorwürde einen Unsinns zusammengeschrieben hat, der es begreiflich macht, daß die Abonnenten in Scharen davonliefen.

Dieses Ende der Berliner „Holzindustrie“ war vorauszu sehen. Sie hat auch kein anderes verdient. Es wird ihr auch niemand eine Träne nachweinen, mit Ausnahme derer natürlich, die bei ihr eine Existenz hatten. Was die Heidelberger „Holzindustrie“ sein wird, werden wir ja bald sehen. Wenn sie sich zu einem Organ entwickeln sollte, das die Interessen der großen Holzindustrie mit Sachkenntnis und Eifer vertritt, dann werden auch wir uns darüber freuen. Selbst dann, wenn sie in manchen Fragen anderer Ansicht ist als wir.

Auch für Bleistifte kein Preisabbau.

Der Verband der Bleistift- und Pinsel-fabriken (Sitz Nürnberg) veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen die Firma Hermann Faber in Berlin wendet. Diese Firma macht in den Zeitungen bekannt, daß sie die Preise für ihre Bleistifte „Rheinlandserie“ um 20 bis 33 1/2 Prozent herabgesetzt habe. Der Unternehmerverband stellt zunächst fest, daß die Firma Faber in Berlin mit den bekannten Bleistift-Fabern in Nürnberg nichts zu tun habe. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Die schwer um ihre Existenz kämpfende deutsche Bleistiftindustrie ist zu Preisermäßigungen nicht in der Lage. Fast alle Länder der Welt haben eigene Bleistiftindustrien, zum Teil erst in den letzten Jahren, großgezogen und durch hohe Zollmauern geschützt, so daß die deutsche Bleistiftindustrie nur noch mit ihren besten Marken konkurrenzfähig ist. Außerdem ist in einer großen Anzahl von Ländern den Behörden und Schulen der Gebrauch ausländischer Stifte verboten. Die Folge ist eine Überproduktion und Absatzkrise auf dem Bleistiftmarkt, die schon seit geraumer Zeit eine erhebliche Verbilligung der Bleistiftpreise nach sich gezogen hat.“

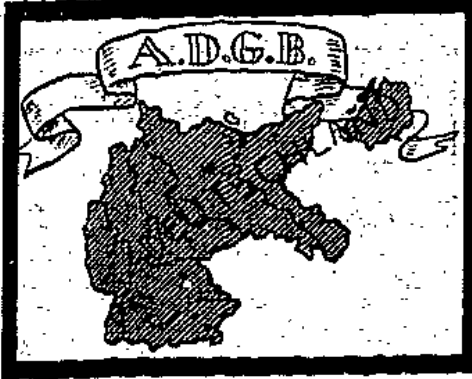
Wenn Hermann Faber in der Lage sei, seine Preise zu ermäßigen, so beweise dies nur, daß seine erst vor wenigen Wochen auf den Markt gebrachten Stifte viel zu teuer waren. Es handele sich also bei der Bekanntmachung um eine reklamehafte Ausbeutung des Namens Faber zur Einführung seiner Stifte. Im übrigen sei gegen Hermann Faber bereits eine einstweilige Verfügung auf Unterlassung seines unlauteren Wettbewerbs beantragt.“

Aus dieser Erklärung des Unternehmerverbandes geht hervor, daß die Firma Faber in Berlin mit den Nürnberger Firmen gleichen Namens nichts zu tun hat. Von wem der Berliner Faber seine Bleistifte bezieht, ist noch nicht genau bekannt. Nur so viel steht fest, daß er keine eigene Fabrik hat und auch mit keiner deutschen Bleistiftfabrik in Verbindung steht. Vermutlich handelt er mit den Erzeugnissen einer schweizerischen Bleistiftfabrik, die seit einiger Zeit die größten Anstrengungen macht, um ins deutsche Geschäft zu kommen. Wenn diese Firma jetzt ihre Preise stark herabsetzt, so weniger deshalb, um der allgemeinen Forderung nach Preisabbau gerecht zu werden; diese Aktion ist vielmehr als ein großer Schlag gegen die deutsche Konkurrenz gedacht. Daß eine Preisermäßigung von 20 bis 33 1/2 Prozent bei den Bleistiftständen großen Eindruck macht, ist verständlich. Vielleicht ist es richtig, daß die Bleistifte der schweizerischen Firma bisher zu teuer waren, jetzt sind sie aber wesentlich billiger als die deutschen Bleistifte, auch bei Berücksichtigung des Qualitätsunterschieds.

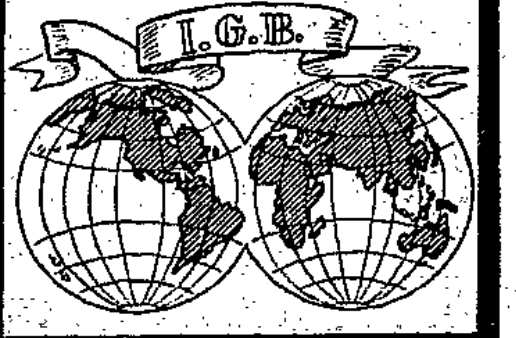
Nun glauben wir ja nicht, daß die Firma Hermann Faber mit ihren schweizerischen Bleistiften auf die Dauer solche Geschäfte machen wird, daß von einer ernsthaften Konkurrenz für die deutschen Bleistiftfabriken gesprochen werden könnte. Immerhin sollte der Verband der Bleistift- und Pinselfabriken sich die Abwehr nicht so leicht machen, wie es in der oben abgedruckten Erklärung tut. Wir finden diese übrigens reichlich unklar. Wenn gesagt wird, die deutsche Bleistiftindustrie sei nicht in der Lage, ihre Verkaufspreise herabzusetzen, weil fast alle Länder sich eine Bleistiftindustrie großgezogen haben, weil in vielen Ländern ein Verwendungsverbot für deutsche Bleistifte besteht und weil die deutsche Bleistiftindustrie nur noch mit ihren besten Marken konkurrenzfähig ist — so stehen wir diesen Beweisgründen ziemlich verständnislos gegenüber. Gerade weil die Dinge so liegen, sind wir und mit uns die ganze Öffentlichkeit vielmehr der Auffassung, daß die Bleistiftfabrikanten ihre Preise herabsetzen müßten, denn je billiger die Ware, um so größer der Absatz.

Nehmen wir aber einmal an, die Bleistiftfabrikanten seien im Recht, sie könnten aus den angegebenen Gründen ihre Auslandpreise nicht ermäßigen — was hindert sie aber daran, ihre Inlandpreise herabzusetzen? Man komme uns nicht mit dem bekannten Einwand, daß dies wegen der „hohen“ Löhne nicht möglich sei. Wir sollten doch bedenken, wurde uns erst dieser Tage wieder gesagt, daß die Bleistiftpreise seit 1925 trotz der dreimaligen Lohnzulagen nicht wieder erhöht worden seien. Gewiß; aber ebenso richtig ist doch, daß der Lohnanteil am Verkaufspreis heute kleiner ist als vor fünf Jahren. Dieser Einwand zieht also nicht. Und was die Rentabilität der Bleistiftindustrie anbetrifft, so geben wir zu, daß die Betriebe nicht im Gelde schwimmen. Aber wir befreiten, daß sie am Rande des finanziellen Zusammenbruchs stehen. Vielleicht genügt es, wenn wir auf den letzten Jahresabschluß der Joh. Faber AG. verweisen. In den anderen Betrieben war das Geschäft kaum schlechter.

Wir halten eine Preisermäßigung also sehr wohl für durchführbar und würden sie lebhaft begrüßen, da sie die beste Abwehr gegen die schweizerische Konkurrenz wäre. Denn daß uns daran liegt, daß die deutsche Bleistiftindustrie auch weiterhin tonangebend in der ganzen Welt bleibt, brauchen wir nicht erst zu betonen.



Gewerkschaftsbewegung



Kommunisten gegen Gewerkschaften.

In großen Lettern verkündet die „Rote Fahne“ an der Spitze ihrer Nummer vom 5. November: „Roter Metallarbeiter-Verband gegründet.“ Dann wird von der am Abend zuvor abgehaltenen Konferenz berichtet, in welcher die neue Gründung vollzogen wurde. Über 1600 Delegierte der Berliner Metallbetriebe und zahlreiche Vertreter der erwerbslosen Metallarbeiter und der Metallangestellten hätten die begeisterte Zustimmung der Belegschaften zur Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins überbracht. Es handle sich um einen historischen Schritt, der von den Delegierten mit stürmischem Jubel aufgenommen wurde.

Es ist bekannt, daß die Kommunisten bei der Berichtserstattung über ihre Veranstaltungen den Mund gern recht voll nehmen. Aber es ist schon möglich, daß eine große Versammlung dem „historischen Akt“ stürmisch zugejubelt hat. Erfahrungsgemäß bilden in solchen kommunistischen Veranstaltungen die berühmten „Massenbewußten Unorganisierten“ das Gros der Teilnehmer. Diese wackeren Zeitgenossen sind für alle Zwecke zu verwenden. Auf Befehl überschütten sie heute mit den größten Schmähungen dieselben Führer, denen sie gestern mit der gleichen Begeisterung zugejubelt haben. Ein von denen, die solche Erfahrungen gemacht haben, Ruth Fischer, einst die vergötterte Führerin, heute von Moskau mit dem großen Bann belegt und der Verachtung aller „Massenbewußten Unorganisierten“ preisgegeben, kannte ihre Pappenheimer. Es war noch in ihrer Glanzzeit, als sie, die Intelligenz ihres Anhangs richtig einschätzend, davon sprach, daß es ein leichtes sei, sie dahin zu bringen, daß sie sich für die Diktatur des Mondes begeistern.

Die Gründung der kommunistischen Organisation ist in der Darstellung der Drahtzieher natürlich ein spontaner Protest der Arbeiter gegen den schändlichen Verrat der Führer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. In einem Begrüßungsartikel für den zu gründenden neuen Verband in der „Roten Fahne“ vom 4. November sagt Franz Dählem, der derzeitige Leiter der kommunistischen Gewerkschaftsaktion: „Schon im Verlauf des Streiks und erst recht im Augenblick des reformistischen Vordrängens in den Rücken der Streikfront wurde das Verlangen der kämpfenden Massen nach Umwandlung der A.G.O. aus ihrer bisherigen losen Organisationsform zu einer festgefügtsten Kampforganisation zu einer stürmischen Forderung.“

Für den unbefangenen Leser bringt er sich aber um die Wirkung dieses Satzes, indem er unmittelbar vorher aus dem Beschluß des 5. Kongresses der „Roten Gewerkschaftsinternationale“, der Mitte August dieses Jahres in Moskau tagte, die folgende Stelle zitiert: „Die A.G.O.-Anhänger in Deutschland müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen rechten Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegensätze zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent und unermüdlich auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicher Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten.“

Er hätte ruhig noch ein Stück weiter zitieren können. Die Moskauer Resolution fährt nämlich an der Stelle, wo Dählem abbricht, folgendermaßen fort:

„Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten — insbesondere in Zeiten von Streikämpfen — zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen.“ Also, Moskau befiehlt die Schaffung eigener kommunistischer Gewerkschaften und — Moskauer Befehle müssen ausgeführt werden.

Die Erregung der Moskauer über den angeblichen Verrat der Führer des Metallarbeiter-Verbandes ist künstlich hervorgerufen. Wenn man den Streik der Berliner Metallarbeiter unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet, dann erkennt man, daß die Stellung der Arbeiter schwach war. Die Unternehmer hatten neben ihren sonstigen Machtmitteln noch den Schiedspruch für sich, der sie zum Lohnabbau ermächtigte. Diesen Schiedspruch wollten die Metallarbeiter beistimmen, und das ist ihnen gelungen trotz der Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten. Zu diesen Schwierigkeiten gehört die ungeheure Arbeitslosigkeit auch in der Metallindustrie. Dazu gehört weiter die Schwäche der Organisation; ist doch noch nicht die Hälfte der Berliner Metallarbeiter organisiert. Zum Überschuß kamen die Treibereien der Kommunisten hinzu, die den Anspruch erhoben, die A.G.O. zu ersetzen.

Beginn und Abbruch des Streiks haben bewiesen, daß die unter der Firma Rote Gewerkschaftsopposition auftretende kommunistische Partei wohl Lärm machte, aber keinen nennenswerten Anhang hatte. Die Arbeiter richteten sich nicht nach ihren Parolen, sondern nach den Beschlüssen der Organe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Daß aber

eine solche Quertreibung eine schwere Gefährdung des Kampfs zwecks war, ist ohne weiteres einleuchtend. Man kann es durchaus billigen, daß der Streik nach 14tägiger Dauer abgebrochen wurde, als sein unmittelbarer Zweck erreicht war. Seine Weiterführung wäre gefährlich gewesen, weil erfahrungsgemäß mit fortschreitender Abbröckelung und der daraus resultierenden Niederlage gerechnet werden mußte. Für die Arbeiterschaft hätte das die schlimmsten Folgen gehabt. Dabei sei ruhig zugegeben, daß die Vereinbarung, nach welcher Anfang November ein neuer Schiedspruch gefällt wird, den die Parteien vorweg anerkennen, sachlich wenig befriedigt. Man kann sich aber vorstellen, daß die Arbeitervertreter dieser Vereinbarung nur unter schwerstem Druck zustimmten.

Die Frage, was kommunistisch orientierte Arbeitervertreter unter den gleichen Umständen getan hätten, kann man offen lassen. Zwischen der gewerkschaftlichen und der kommunistischen Taktik besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Die Gewerkschaften betrachten es als ihre Pflicht, das Wohlergehen der Arbeiterschaft zu fördern. Dieser Gesichtspunkt wird bei allen Maßnahmen in den Vordergrund gerückt. Für die kommunistischen Strategen kommt es nicht darauf an, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, die Gewerkschaften sind für sie nur Mittel zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, des Putsches, von dem sie hoffen, daß er ihnen die politische Macht bringt. Deutschland der Diktatur der Moskauer Machthaber zu unterstellen, ist ihr Ziel. Das werden sie zwar nicht erreichen, aber jedenfalls bemühen sie sich um das Zustandekommen der Weltrevolution, wie es ihnen von ihren Moskauer Auftraggebern angewiesen ist.

Massenstreiks sollen die Weltrevolution einleiten. Deshalb kommt es ihnen nicht auf den wirtschaftlichen Zweck des Lohnkampfes an, sondern darauf, daß recht viele Arbeiter in den Streik einbezogen werden und daß die Streikenden reif gemacht werden für Verzweiflungsausbrüche. Nach der Anschauung der Kommunisten bedeutet jede Beendigung eines Streiks, und sei der erzielte Erfolg dabei noch so groß, einen Verrat an den Zielen, die sie verfolgen. Deshalb braucht man sich über das Geschrei der Kommunisten bei der Beendigung eines Streiks nicht weiter aufzuregen. In ihren Augen sind die Gewerkschaftsführer, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen, stets Verräter.

Kun wollen die Kommunisten die Gründung eigener Gewerkschaften in größerem Stile betreiben. Daß sie mit solchen Gründungen den erwarteten Erfolg erzielen, ist ausgeschlossen. Mit den „revolutionären“ Unorganisierten, die nur schreien, aber keine Beiträge zahlen wollen, weil es ihnen an Solidaritätsgefühl mangelt, ist kein Staat zu machen. Wenn wirklich kommunistische Gewerkschaften zustande kommen, dann werden sie bald vor der Wahl stehen, die gleichen Methoden anzuwenden wie die verhassten „Reformisten“ oder auf die Eigenschaft als Gewerkschaften zu verzichten. Die neue Aktion der Kommunisten entspringt dem Haß gegen die Gewerkschaften, die sich als unübersteigbarer Wall gegen die Pläne der Moskauer erwiesen haben. Der Versuch, die Einheit der Gewerkschaften zu zerstören, bedeutet eine bewußte Schädigung der Arbeiterinteressen. Aus dieser Versuch ist von vornherein zur Erfolglosigkeit verdammt.

Die Nazis und der Streik.

Bekanntlich haben die Nationalsozialisten ihre Mitglieder aufgefordert, sich an dem Streik der Berliner Metallarbeiter zu beteiligen. Das hat die Unternehmer verschupst und der sächsische Landesverband der Metallindustriellen hat zu einer Veranstaltung Herrn Hitler eingeladen, um sich zu verantworten. Da Hitler verhindert war, hat er sich durch seinen Mitarbeiter, den Major Wagner, vertreten lassen. Dieser beantwortete die gegen die Leitung der Nationalsozialistischen Partei erhobenen Vorwürfe mit einer Bitte um Entschuldigung. Es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten; denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten und zur Sozialdemokratie abgewandert.

Mit dieser Entschuldigung muß man den am 15. Oktober erlassenen, vom Berliner Gauleiter der Nazis, Dr. Goebbels, unterzeichneten Aufruf zum Streik vergleichen. Dort heißt es: „... Der Kampf geht uns tägliche Brot, gegen die Dames- und Young-Politik, die bekanntlich von den Metallindustriellen immer sanktioniert wurde. Nationalsozialisten! Stellt euren Mann! Kein Rad darf sich drehen und keine Hand darf ein Werkzeug in Bewegung setzen. Wer Streikbrecherarbeit leistet, wird aus der NSDAP. ausgeschlossen.“

Diese schneidigen Worte waren also nicht ernst gemeint, sie wurden nur gebraucht, um zu verhindern, daß die Arbeiter den Nazis davonlaufen. Wer die Nazis kennt, wundert sich über diese Doppelzüngigkeit nicht. Man muß aber solche Dinge festhalten, weil sie charakteristisch sind für die Einstellung der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“.

Der Baugewerksbund.

Der organisatorische Aufbau des Baugewerksbundes unterscheidet sich wesentlich von den Einrichtungen in unserem Verbande. Die zum Baugewerksbund gehörigen Fachgruppen haben innerhalb des Bundes eine ziemlich weitgehende Selbstständigkeit. Diese Fachgruppen halten je gesonderte Verbandstage ab, in welchen die engeren Fachfragen geregelt werden, während auf dem Bundestag Beschlüsse gefaßt werden, die für den gesamten Bund wirksam sind. Um auch die zahlenmäßig kleinen Fachgruppen auf dem Bundestag zur Geltung kommen zu lassen, besteht ein eigenartiges Wahlsystem. Die großen Gruppen, die Maurer und Betonarbeiter, die Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter, wählen auf je 2000 Mitglieder einen Delegierten zum Verbandstag, der zugleich auch Mitglied des Bundestages ist. Die kleineren Fachgruppen wählen je nach ihrer Größe auf 200, 300 oder 400 Mitglieder einen Vertreter zum Verbandstag der Fachgruppe. Die Hälfte dieser Verbandstagsdelegierten wird auch zum Bundestag entsandt.

Am dem letzten Bundestag, der am 29. September in Frankfurt a. M. eröffnet wurde, nahmen 315 Delegierte und zahlreiche Gäste teil. In dem umfangreichen Bericht, den der Bundesvorsitzende Bernbard erstattete, beschäftigte er sich sehr eingehend mit der Baukrise und der dadurch bedingten großen Arbeitslosigkeit. Trotzdem ist die Mitgliederzahl, die im Jahre 1927 zur Zeit des vorigen Bundestages 400 000 betrug, auf 478 000 gestiegen. In der Zwischenzeit hat sie allerdings schon mehr als eine halbe Million betragen. Im Baugewerbe besteht ein gut ausgebautes Tarifvertragswesen: 94,6 Prozent der Mitglieder sind von Tarifverträgen erfaßt. Mit besonderer Befriedigung wurde der Bauhüttenbewegung gedacht, die sich trotz der Krise gut entwickelt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Tätigkeit des Bundesvorstandes gebilligt.

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Bundestag mit arbeitsrechtlichen Fragen. Dr. Franz Neumann hielt einen Vortrag über „Der Bauarbeiter im Arbeitsrecht“, und der Bundessekretär Rosenzweig sprach über „Rechtsfragen aus der Praxis“. Das wichtige Thema „Bauarbeiterschutz“ wurde in einem Vortrag des Sekretärs Wiß behandelt. An den Satzungen des Bundes wurden wesentliche Änderungen nicht vorgenommen. Für den Ausbau der Invalidenunterstützung soll der Bundesvorstand für den nächsten Bundestag eine Vorlage ausarbeiten. Nachdem der Sitz des Bundesvorstandes nach Berlin verlegt ist, wurde Hamburg zum Sitz des Bundesausschusses bestimmt. An Stelle des seines Alters wegen ausscheidenden Hauptkassierers Kober wurde dessen seitiger Stellvertreter Giebler gewählt. Im übrigen wurden die seitherigen Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt.

Die Kupferschmiede bleiben selbständig.

Die schon seit längerer Zeit unternommenen Bemühungen, eine Verschmelzung des Verbandes der Kupferschmiede mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband herbeizuführen, haben wieder zu einem Mißerfolg geführt. Bereits im Jahre 1922 hat im Verband der Kupferschmiede eine Urabstimmung stattgefunden, bei welcher sich 73 Prozent der Abstimmenden gegen die Verschmelzung aussprachen. Nunmehr hat Anfang Oktober eine neue Abstimmung über die gleiche Frage stattgefunden. An ihr haben sich 77 Prozent der Mitglieder beteiligt. Von den 7045 Mitgliedern der Organisation haben 2433 für und 2989 gegen den Anschluß gestimmt. Das Statut des Verbandes verlangt Zweidrittelmehrheit für den Verschmelzungsbeschuß, aber nicht einmal die einfache Mehrheit wurde erreicht. Damit ist der Frage der Verschmelzung für absehbare Zeit erledigt.

Der Verband der Kupferschmiede ist eine kleine Organisation, ihre Stärke liegt aber darin, daß sie einen sehr hohen Prozentfuß der Berufsgenossen umfaßt. Darin mag auch wohl die Ursache dafür zu finden sein, daß sich die Mitglieder so schwer von der eigenen Organisation trennen können. Der Verband der Kupferschmiede ist als die letzte von den früher zahlreichen Berufsorganisationen in der Metallindustrie übriggeblieben. Auch die Kupferschmiede werden früher oder später in den Metallarbeiter-Verband aufgehen. Aber sie werden den Zeitpunkt selbst bestimmen. Es ist das gute Recht der Mitglieder, nach eigenem Ermessen über die Form ihrer Organisation zu entscheiden.

Dachdecker und Baugewerksbund.

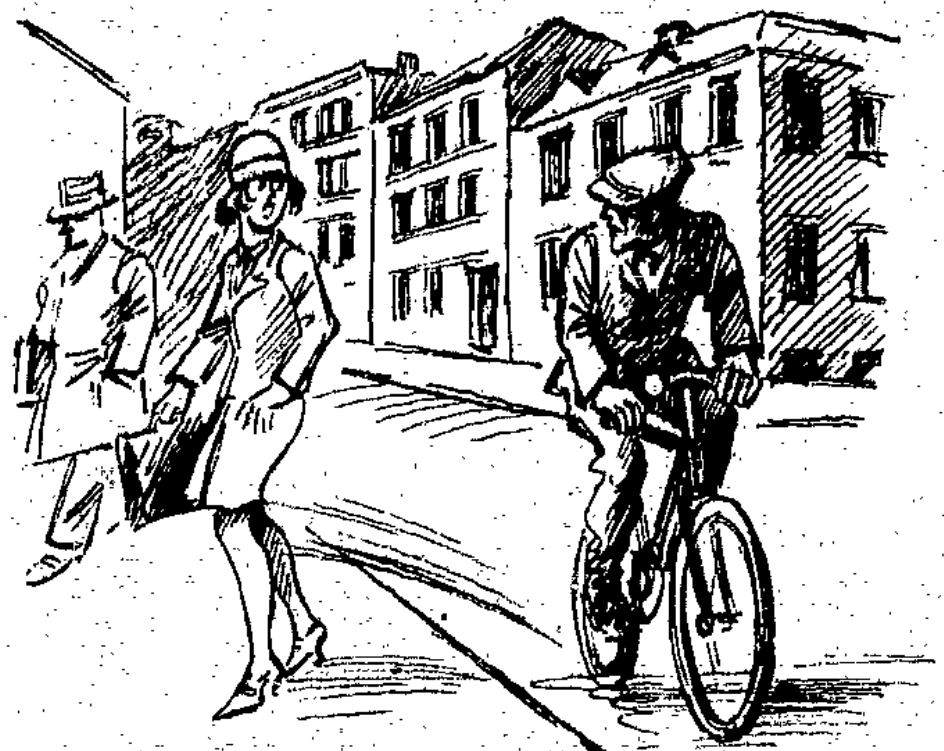
In einem ähnlichen Verhältnis wie der Verband der Kupferschmiede zum Metallarbeiter-Verband steht der Dachdecker-Verband zum Baugewerksbund. Auch im Dachdecker-Verband ist die Frage des Anschlusses an den Baugewerksbund öfters erörtert worden. Wiederholte Abstimmungen hatten ein negatives Ergebnis. Nunmehr scheint es aber doch, als ob die Verschmelzung bevorstehe. Die „Dachdecker-Zeitung“ veröffentlicht die mit dem Baugewerksbund vereinbarten Abtrittsbedingungen. Hiernach tritt der Zentralverband der Dachdecker, vorausgesetzt, daß der Verbandstag den Anschluß beschließt, am 1. Juni 1931 zum Baugewerksbund über, in dem er dann als Reichsfachgruppe gilt.

Unterhaltung und Wissen



Der Betriebsunfall.

Teilstück aus einer Reportage von Willibald Kater.
 Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen, übermorgen to—o—t, übermorgen to—o—t.
 So ist das. So ein Pech hatte Fritz. Ein etendes Pech. Zehn Uhr achtzehn Minuten — seine Uhr ist bei dem Unglück stehen geblieben — zehn Uhr achtzehn Minuten wurde er mit dem Kopf an die Wand geschmissen. Er hat dabei beide Beine gebrochen. Nasenbein gebrochen. Alles gebrochen. Aus.
 Das kam so. Fröhlich hatte Fritz sein Rad genommen und war zur Arbeit gefahren. Eine halbe Stunde hatte er bis zur Werkstatt. Die Straßen waren naß. Es hatte über Nacht geregnet. Der Weg war eine Pfütze. Eigentlich hätte er langsam fahren müssen. Aber Fritz raste. Krummer Buckel. Tritt — tritt — tritt — tritt... Ganz egal war ihm das Geschrei der Leute.



„Paß doch auf!“ — „Drecksa!“ — „Langsam fahren!“
 Ganz egal war ihm das. ... Und wenn er das Mädchel nicht bekommt, ist ihm das auch egal. Was geht ihn denn die Geschichte noch groß an. Er hat seinen guten Willen gezeigt.
 „Langsam fahren!“
 ... gezeigt, daß er sie haben will. Aber wenn sie ihn rauschmeißen, kümmert er sich jetzt einen Dreck drum. Tritt — tritt...
 „Drecksa!“ — „Aufpassen!“
 Tritt — tritt — tritt... Krummer Buckel... Um die Ecke rum...
 Dann stand er im Maschinenraum. Preßte Fett in die Büchsen. Legte die Riemen um die Scheiben. Stand da mit einer mächtigen Sportmütze. Die war früher vielleicht mal grau. Oder blau. Oder gelb. Jedenfalls hatte sie jetzt überhaupt keine Farbe mehr. Aber seine Sporthose hatte er eine blaue Arbeitshose ziehen wollen. Aber die war in den Nähten ganz aufgeplatzt. So mußte er die blaue Schürze nehmen, die drüben in der Werkstatt hing. Dann stellte er sich ans Fenster. Und Franz Abel, sein Kollege, reichte ihm Kiefern Bretter herein. Bald wuchsen die im Raum zusammen zu einem mächtigen Stoß. Immer mehr Bretter kamen dazu. Bis an die Decke reichte schon der Haufen. Schön drohte er umzufallen.

„Halt!“ schrie Fritz, „es muß doch auch Platz da sein zum Runddrehn. So kann doch kein Mensch arbeiten.“
 Dann ging es los. Eingeschaltet. Die Riemen klatschten. Die Säge schrie. Die Späne flogen. Fritz piffte eine Melodie dazu: Auf in den Kampf. Und dann: Trink mer noch ein Tröpfchen, und: Nun sei bedankt, mein lieber Schwan.
 So hob er Brett nach Brett nach Brett nach... und so weiter. Bis es halb zehn war. Da machte er Schluß. Und zwei Stifte kamen. Die trugen das zersägte Holz raus. Und Fritz sah auf der Habelbant und machte Fröhlichkeit. Und trank aus seiner Thermosflasche kalten Lindenblütentre. Und aß Burschbrot dazu. Viele Brote mit Butter belegt und saurer Gurke drauf. Das war sein liebstes Fröhlichkeit. Das schmeckte ihm. Und dann ging er mal raus auf den Hof und freute sich, daß die Sonne so warm brannte, daß die Kinder im Sandhäufen Häuser bauten, daß die Bäume so viel Grün zeigten und daß die Luft so frisch war.

„Naah...“ Fritz dehnte sich — und streckte sich. Die linke Hand hatte er ganz nach oben gestochen. Mit der rechten wuschte er sich den feinen Holzstaub aus dem Gesicht. Aus Augen und Ohren. Und dann wollte er sich hinsetzen —
 Da kam der Meister und sagt:
 „Kommt, Fritz, die Viertelstunde ist rum.“
 Es war dreiviertel zehn. Fritz ging wieder in die Werkstatt. Der Meister kam gleich hinter ihm. Der gab ihm ein paar Stücke zum Fräsen. Ein verdammtes schwarzes Profil. Und dabei noch ziemlich hoch. Fritz leckte sich. Er wird verklebete Fräser nehmen, tamburieren müssen.
 „Nach aber die Schürze runter, wenn du an die Maschine rangehst.“
 Fritz nickte. Da schön. Fritz hatte eine „Nummer“ beim Meister. Hatte hier gelernt und war nun schon über vier Jahre Geselle bei ihm. Noch nie arbeitslos gewesen. Das

will heute was heißen! Er war auch der einzige im Betrieb, der außer dem Meister an die Maschine durfte. Er wußte auch ganz genau Bescheid. Mit der Vagerung, mit dem Motor, und was man so alles wissen muß. Sehr leicht hatte er das alles begriffen. Er war ein „sieckelanter“ Kerl, wie der Alte sagte.
 Fritz band die Schürze los, nahm die Holzleisten unter den Arm und verschwand im Maschinenraum. Dort band er die Schürze wieder um.

**November ist's
 November ist's.
 Mit kaltem Wind
 Kehrt ein der Tod.**
**Im Ofen prasseln
 Holz und Kohle. —
 Wehe dem,
 Der ohne Heim
 Ins Ungewisse wandert.
 Ihm bleibt viel Monde lang
 Nur Frost und bitteres Wort;
 Dann löset ein Herz
 Die Schmerzensglut der Kinder
 Von Ahasver!**
**November ist's.
 Lautlos fällt's weiss
 Dem Wanderer ins Gewand.**

Alexander Merly

Rasch suchte er die richtigen Fräser zusammen. Nahm die passende Spindel. Draufgesetzt. Gegenmutter festgezogen. Riemen umgelegt. Fertig. Eingeschaltet

Wieder klatschte der Riemen. Wieder lag feiner Holzstaub in der Luft. Sahte sich in Ohren, Nase und Mund. Und verstopfte die feinen Hautporen. Die Fräsmaschine lief. Erst langsam, dann schneller und schneller. Bis über dreitausend Touren.

Fritz schob jetzt Stück für Stück an die rasende Spindel. Die Maschine lief sehr leise. Es war nur ein feines Summen zu vernehmen. Nur wenn das Holz an die Eisen kam, wurde das Geräusch stärker. Vor einiger Zeit war die Maschine frisch gelagert worden. War das damals eine Klapperei. Aber jetzt: eine ganz andere Sache war das.

Fritz sah auf seine Uhr. Es war zehn Minuten nach zehn. Wenn er so weitermachte und nichts dazwischenkam, konnte er um elf mit der Fräse fertig sein.

Hier war ein Ast. Zu dumm! Er mußte das ganze Stück Holz wegschmeißen. Schade! Ein anderes her. So. Beide Arme hielten das Stück. Seitwärts schob er so ein Holz nach dem andern an der Spindel vorbei. Ganz sauber wurde das Profil. Wie gehobelt, stellte er fest. Nicht ein Span blieb hängen. Großartig!

Knack!
 Fritz sah auf. Was war das? Wieder: Knack! Da unten mußte was nicht in Ordnung sein. Knack! Da wieder. Er legte alles beiseite. Und ging am Riemen entlang zu den Riemenscheiben. Es war etwas dunkel dort. Schlecht zu sehen. Was konnte das nur sein? Knack! Schon wieder. Fritz kniete nieder. Wischte seine Hände an der Schürze ab und wollte aus der Ecke ein Stück Holz holen.
 Da traf ihn ein Luftstoß. Die Tür war aufgegangen. Er drehte sich um. Auf der Schwelle stand eine Kage. Mächtig groß und weiß. Die war hereingeschlüchert und sah sich erstaunt um. Dann sperrte sie das Maul weit auf, machte die Augen zu und streckte ihre Zunge in die Luft. Fritz mußte lachen, als er das sah. Er mußte gleich an die Kage denken, die er mit Martha gesehen hatte. Wann war das nur? Vorgestern oder...? Die Kage sollte ihm doch Glück bringen.
 Auf einmal sah er, wie das Tier ganz nahe an die Reißriemen kam. Fritz sprang auf. Er wollte hinlaufen. Das Tier zurückschalten. Da — — — Naah...“



Er flog an die Wand. Arme und Beine und Kopf. Scherte ganz laut ein helles Naah. Und fiel gleich von der Wand wie eine zerquetschte Fliege. Und ließ dort einen großen Blutpfleck. Und lag unten. Still. — Dann war es aus. —

Was war los? Der Meister kam hereingestürzt. Und hinter ihm Franz Abel. Und dann die zwei Stifte. Und später kam noch die Meisterin. Und so standen sie alle da und starrten mit aufgerissenen Augen nach vorn. Und vor ihnen stand das weiße Vieh mit spitzem Rücken und hochgestelltem Schwanz und fauchte und zog alle vier Pfoten zusammen und kroch langsam, ganz langsam nach der Tür. Kläglich miauend. Dort bekam es einentritt.

Und an der Wand lag Fritz Schmidt. Beide Beine waren ihm gebrochen. Und das Nasenbein. Und wahrscheinlich noch mehr. Wer weiß? Und die Wand war voll Blut. Und die Maschine lief immer noch.

Bis auf einmal die Meisterin zu schreien anfing. Da schrien sie dann alle. Und es wurde die Polizei gerufen. Und die stellte fest, daß der Tischler Fritz Schmidt, geboren am soundsovielten in dem und dem Ort, wohnhaft dort und dort, unverheiratet und ohne Kinder, und so weiter und so weiter, festgestellt nach der Invalidenkarte, die in Ordnung befunden wurde, daß also der Tischler Fritz Schmidt mit der Schürze an der Maschine gearbeitet hätte, was nicht statthaft wäre. Und daß seine Schürze von der Transmissionswelle, die ungeschützt an der Wand angebracht ist (siehe Paragraph soundso), erfaßt worden wäre. Dadurch wäre obige Person an die Wand geschleudert worden und hätte dabei 1. beide Beine gebrochen, 2. das Nasenbein gebrochen und 3. wahrscheinlich noch mehr, was aber noch genauer festzustellen wäre. Bei dem Verunglückten fand man eine Uhr, die 10 (zehn) Uhr 18 (achtzehn) Minuten stehen geblieben war. Es ist somit anzunehmen, daß das Unglück um diese Zeit geschah. Nachdem dieses Protokoll aufgenommen und unterschrieben war, erschien ein städtisches Krankenauto. Und zwei Männer legten Fritz Schmidt, den zerbrochenen Tischler, auf die Tragbahre und trugen ihn hinaus. Und die Meisterin stand an der Tür und weinte. Und neben ihr standen alle Nachbarn und ihre Kinder und sagten: Das ist... Und der Meister sah ganz weiß aus. Und Franz Abel, der Kollege von Fritz Schmidt, sagte zum arbeitslosen Schlosser Schrapps, der auf dem Hof stand:

„So is es nu.“

Und dann merkte der Lehrling Kurt Höder, sechzehn und dreiviertel Jahre alt, daß die Fräsmaschine noch lief. Und er ging hin und schaltete sie aus. Ohne erst zu fragen. Das war seine erste Maschinenarbeit.

Als die Meisterin später den großen Blutpfleck im Maschinenraum sah, wurde sie ohnmächtig. Die Arbeit wurde für den Tag abgebrochen. Und die Leute nach Hause geschickt.

Bei Nacht schlief eine Kage über den Hof. Die hatte eine kleine graue Maus zwischen den Zähnen.

Oben vom Fenster sah das der Arbeitslose Schrapps. Der brummt: Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen, übermorgen to—o—t, übermorgen to—o—t.

Riesenbäume in Indien.

In den Wäldern des Himalaja und auf dem indischen Archipel gedeiht eine Feigenart, die wohl zu den wunderbarsten Bäumen der Erde gehört. Es ist der sogenannte indische oder bengalische Feigenbaum, der auch den Namen „Banyan“ führt und unter diesem beklümt geworden ist. Diese Bäume erreichen mitunter eine Ausdehnung von fast unvorstellbarer Größe und gewaltigem Umfang. Der Banyan ist ein sogenannter „Baumwürger“, d. h. er lebt epiphytisch auf einem Stützbaum, den er erwürgt, um nun eine geradezu ungeheuerliche Fruchtbarkeit zu entfalten. Von den horizontal verlaufenden Ästen des Baumes gehen nach dem Erdboden Luftwurzeln herab, die sich im Boden verankern und allmählich zu sehr dicken Pfeilern auswachsen und völlig wie selbständige Bäume aussehen. Die immer größer werdende Krone des Baumes wird durch diese Neubildungen gestützt. Auf diese Weise wächst ein einziger Baum während Tausenden von Jahren nach allen Seiten und bildet ganze Wälder, die sich auf den ersten Blick nicht von gewöhnlichen Waldbildungen unterscheiden. Niemand kommt auf den Gedanken, daß es sich tatsächlich nur um einen einzigen Baum handelt, der diese eigenartige Gestalt angenommen hat. Im Laufe der Jahrtausende haben sich mehrere derartige „Wälder“ gebildet, die große Sehenswürdigkeiten darstellen. Auf Java, bei Kalkuta und in Westindien gibt es Bäume, die zum Teil eine Fläche von ungefähr 20 000 Quadratmeter bedecken. Die Krone hat einen Umfang von 6000 bis 9000 Meter. Dabei ist die Entwicklung dieser Bäume noch durchaus nicht abgeschlossen. Im Gegenteil! Man kann ihre Betagterung mit der Geldvermehrung durch Zinseszins vergleichen, denn je größer die von ihnen gebildete Zahl der Wurzelstämme wird, desto schneller ist ihr Wachstum nach allen Seiten. Ihre Fläche hat sich in 50 Jahren vielfach vergrößert. Die einzelnen Bäume haben dabei eine recht beträchtliche Dicke. Ihr Umfang beträgt bis zu 7 Meter, während der Mutterbaum einen Umfang bis zu 50 Meter erreicht. Der Riesbaum, der den Brahmanen heilig ist, hat auch wirtschaftlichen Wert, denn er liefert Kastorei, Lack und Hautschut.

Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Dr. Max Adler. 1. Band: Allgemeine Grundlegung. 236 Seiten. C. Landwehr Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis 4 Mk. In Leinen gebunden 5,75 Mk. Organisationsausgabe 4,25 Mk. — Von dem Werk des bekannten Soziologen liegt jetzt der erste Band vor. Er behandelt die allgemeinen Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung; der zweite Band, der März 1931 erscheinen wird, bringt die Darstellung der besonderen Form- und Entwicklungsstadien dieser Lehre. Zum ersten Male liegt hier eine Arbeit vor, die nicht nur eine literarisch-kritische Zusammenfassung der herrschenden Stellen von Marx und Engels über die materialistische Geschichtsauffassung gibt, sondern darüber hinaus zur Herausarbeitung ihres einheitlichen Sinnes und zur Weiterentwicklung derselben im Sinne moderner wissenschaftlicher Arbeit schreitet. Der Verfasser zeigt, wie der eigentliche Sinn des Marxismus in der Begründung sozialistischer Erkenntnis besteht und stellt die materialistische Geschichtsauffassung als die konsequenteste und höchstentwickelte Form der Soziologie dar.

Der schwarze Diamant. Roman von Francis Brett Young. Übertragene Übersetzung aus dem Englischen von Bruno Glaser. In Ganzleinen gebunden 4,20 Mk. Holzverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. — Das vorliegende Buch ist die Geschichte eines jungen Mannes, der als Grubenarbeiter in den Midlands aufwächst. Einer Frau wegen verläßt er die Stadt und wandert hinfürher nach den Märchen von Wales, um dort Arbeit zu suchen. Sehr bald wird er in neue Liebesbündel verwickelt und auch in Verbrechen. Aber trotz all seiner Sinnlichkeit und Hausheit leuchtet Abner Jellow hervor als ein wirklich schöner und tragischer Charakter. Der Verfasser gilt als einer der besten jüngeren englischen Romancisten.

Solalbeamter gesucht.

Die Verwaltung des Königberger i. B. sucht zum 1. bzw. 15. Dezember 1930 einen zweiten Angestellten. Bewerber müssen mindestens 10 Jahre Mitglied des Verbandes sein und mindestens 5 Jahre innerhalb des Verbandes als Funktionär tätig gewesen sein. — Organisatorische und organisatorische Tätigkeiten, ganz besonders aber Kenntnisse auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung sind notwendig. Er muß mit Kostenrechnungen und deren Verwaltung vertraut sein, da er diese übernehmen soll. — Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit im Verbande und unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes zu richten an den Vorsitzenden der Verwaltungskommission, zu Händen des stellg. Postfeld. Königberg i. B., Vorder-Parkgarten 61/62. Sie müssen die Anfertigung „Bewerbung“ tragen und bis zum 30. November hier eingegangen sein. Die Ortsverwaltung.

Sportschlitten-Kufen

Esche, gebogen, prima Ware 100, 120, 140, 160 cm Holzlänge 1,70, 2,20, 2,50, 2,80 Mk. pro Paar. Schneeschuhe, Preise auf Anfrage. Es handelt sich um ausgesuchte astfreie Ware. Nichterfüllung des Auftrages ist unbezahlt.

Max Walther

Dresden, N. 22, Rehefelder Str. 53

Kleinsten-Sperrholz

nach kl. Mengen. Katalog BM 2 gratis. Kleinsten-Sperrholz- und Sperrholz-Kontor GmbH. — Verkaufsstellen: 1. Berlin S 42, Wasserstraßen 9 2. Berlin O 27, Anhalterstrasse 54 3. Berlin N 65, Chausseestraße 11 4. Berlin N 88, Schönhauser Allee 12 Telefon: FI. Moritzplatz 224 und 2287

Sprechmaschinen-Laufwerke

in allen Preislagen nach Katalog von ROBERT HUSBERG, NEUENRADE (WESTFALEN) 10a

Hobelbänke 70RM

in Qualität, süddeutsche Ausführung. Best. u. Gestell aus wack. Buchholz 200 cm Holzlänge, mit Stahlrollen, zum Klebenpreis von 75 Mk. mit Verpackung frei! jeder Station. Abhängen gratis. — Ortungspreise gegen 20 Pf. in Briefmarken ersichtl.

Max Walther

Dresden, N. 22, Rehefelder Str. 53

Knippen sie schon?

gegen bequeme Teilzahlung

PHOTO PORST

NORNBERG 5108 Loreuzerplatz

rote Hände oder brennend rotes Gesicht wirken unsinnlich.

Ein wirksames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneeweiße **Crema Leodor**, auch als herrlich duftende Pudervermischung vorzüglich geeignet. Ueberraschender Erfolg, Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Deifeseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. Vorkriegspreise.

Leimöfen, Furnierböcke

fabriziert als Spezialität. Preisliste gratis. Paul Ott, Stuttgart, Hermannstrasse 13.

Ehe Sie Betten kaufen, verlangen Sie Preisliste gratis und franko.

Fertige 1 1/2-schlaf. Betten, echt rot, federd., la. Inlett, Oberbett m. 7 Pfd. 15,85, 19,70, 23,75; Unterbett, 6 Pfd. 14,90, 18,20, 22,50; 1-Kissen, 2 1/2 Pfd. 4,50, 5,90, 6,90; vollst. Betten 35, 43, 53; Bettfedern Pfd. 1,25, 1,90, 2,40; Halbdaunen Pfd. 3, 4,50, 5,50; Daunen Pfd. 8,50, 10,50, 12,50 Mk. Umisch. od. Geld zur. Viele Dankschr. Nachn.-Vers. Bettenfabr. H. Müller Kassel 33, Mönchebergstrasse 81

220 verschiedene proletarische Platten!

einzig in der Art. Elektromotorwerk 72 Mark. Gesungen verlangen sofort Verzeichnis gratis. Musik-Steinhaus, Weimar 1, Thür. 529

Sage Deinem Betriebsleiter

PORA - FURNIERUNGSMITTEL, Casca-Kalkolm, Zinn, das selbsttätige Zinkzungen-Reinigungsmittel. besten Geldersparnis, Arbeitserleichterung. — Aufklärungsschriften und Proben kostenlos! (Nur wird in mehr als 12000 Betrieben, in führenden Grossbetrieben verwendet. — Schreiben Sie bitte an PORA-WERK PAUL SCHROT, BAD SOEDEN - ALLENDORF

So billig wie nirgends

Neihnachts-Katalog gratis! Sigurd-Gesellschaft Hassel 15

Sprechmaschinen-Laufwerke

z. Selbst. la Doppelschneckenfederwerk einbauen (2 Stück 30-cm-Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Motoren, Gummibänder, Rollen, Regulator, Karbel mit Rosette, 25-cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappgehäuse, la Aluminium-Schalldose nur Mark 26,—. Versand per Nachnahme. Tonchüsseln aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

ROBERT HUSBERG, Neuenrade Nr. 10

Wienpiegel. Von Charles de Coster. Ins Deutsche übertragen von Hans Jacob und Elfe Habwiger. Reich illustriert, in Halbheft gebunden 4,20 Mk. Holzverband der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2. — Die volkstümliche Figur Till Entenspiegels, des Schalkes, ist von de Coster zum Volkshelden erhoben und mit dem weltgeschichtlichen Freiheitskampf der Niederlande gegen die Spanier verknüpft worden. Das Buch ist außerordentlich in seiner fernsten Herkunft, modern in seiner hureisenden Bewegung und Gestaltungsfülle. — Anerkennung verdient auch die Ausstattung der vom Holzverband der Bücherfreunde herausgegebenen Werke, die bei derartigen weitgehenden Ansprüche in bezug auf literarische Qualität, künstlerische Schönheit, technische Vollkommenheit und Preiswürdigkeit.

Der Volksbetrug der Nationalsozialisten. Reichstagrede des Abgeordneten Dr. W. Hoegner. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. Preis 20 Pf. — Der Lärm, den die Nationalsozialisten am 18. Oktober

Kollegen! Werbt für das Fachblatt für Holzarbeiter

Bei dieser Rede machten, bewies, daß Hoegner ins Schwarze getroffen hat. Mit der Herausgabe dieser Broschüre eröffnet der Verlag J. S. W. Dieck eine Serie, die der politischen Erziehung der Massen gewidmet ist.

Wenn wir marschieren... Ein republikanisches Liederbuch. Herausgegeben von Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Zusammengeheftelt von Franz Hieroth. Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. 79 Seiten. Preis 65 Pf. — Das Buch enthält 82 sorgfältig ausgewählte Lieder. Die erste Liedergemeinschaft, die zweite Gruppe „Auf Wandern und Wandern“, Jäger-, Soldatenlieder, die letzte Gruppe „Für Heim und Hof“ enthält neben stillen Natur- und Liebesweisen Eckslieder und Kanons. Die Lieder sind zum größten Teil mit Noten versehen.

Welche Menschen harmonisieren miteinander? Im Geschäft, im Alltag, in der Liebe. Von Leo Heisinger. Mit 10 Zeichnungen. — Energie-Training. Die tägliche Kraftquelle des Erfolgreichen! Von Leo Heisinger. Mit 8 Suggestionstafeln und Suggestionformeln. — Täglich 5 Minuten

Springleil. Eine vielseitige Körperschule zur Steigerung der Beweglichkeit, zur Kräftigung von Herz und Lunge. Von H. Glüder. — Jedes dieser drei Bände, die im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H. in Stuttgart, Birkenwaldstraße 44, erschienen sind, kostet 1,25 Mk.

Auch du kannst helfen! Von Max Meede. Lehrgang I und II mit Bildern. Süddeutsches Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstraße 44. Preis jedes Lehrganges nur 1,25 Mk. — Der Verfasser, der als Mediziner und Psychologe von der Universität her gleichzeitig der erste akademische Helffer ist, gibt in dieser leichtverständlichen Form und in klarer Schreibweise nichts weniger als eine für den Abendländer abgefälschte Helferschule.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftsfunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Gotthard Erdmann. Seit 10. 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S. 11. Abonnementspreis vierteljährlich 3,66 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk. — In dem neuen Heft der „Arbeit“ verdient der Aufsatz von Franz Spieß, „Regierungsprogramm und Überwindung der Arbeitslosigkeit“ besondere Beachtung. Der Verfasser gibt eine eingehende Begründung der Forderungen des ADGB zur Hebung der Arbeitslosigkeit.

Landarbeiter-Archiv. Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Verlag: Entschans G. m. b. H., Berlin SW. 48. Einzelhefte 2 Mk., Bezugspreis für ein Jahr (6 Hefte) 10 Mk. — Das Oktoberheft hat folgenden Inhalt: Innere Kolonisation. — Zur Erledigungsfrage. — Die Verhinderung der deutschen Landwirtschaft. — Jahresarbeitszeit, Urlaubstage, Löhne und Entgeltlagen der Landarbeiter Deutschlands nach dem Stande Ende Juli 1930. — Die Wirtschaftslage. — Wirtschafts-zahlen.

Zentralrententasse der Tischler usw., Hamburg

Abrechnung der Hauptkasse für Oktober.
Einnahme 86 888,53 Mk.
Ausgabe 15 761,71 Mk.
Rechneinnahme 71 126,82 Mk.
Th. Matchow, Hauptkassierer.

Innungs-Tilchler-Fachschule in Beckum (Westf.)

Prospekt frei durch die Leitung Köhner & Kraft

Gummiwaren

Engl. Artikel. Preisliste 0 gratis. „Medicus“ Berlin SW. 68. Alte Jakobstraße 8.

Leim- und Furnieröfen

fertigen als Spezialität. 44.— Mk. an. Preisliste kostenlos. Lieferung franko. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B.

Original-süddeutsche Hobelbänke 82 Mark.

2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln. Werkzeug-Neuheiten. Preisliste gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

T8A

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz)

Altestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigenen Webwaren-Fabriken!

31 472 Spindeln in eigener Spinnerlei
1496 Webstühle in eigenen Webereien
2000 Arbeiter und Angestellte
400 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren
sind im letzten Jahre eingeflossen.

900 000 Nachbestellungen
erhielt ich von meinen allen Kunden im letzten Jahre.

Diese nachweisbaren Tatsachen sind der natürlichste Beweis meiner enormen Leistungsfähigkeit, sowie der außergewöhnlichen Billigkeit und Güte meiner Waren. Durch einmalige Bestellung sind Sie berechtigt, an meinen verschiedenen Unterpreisangeboten teilzunehmen. Wollen Sie die enormen Vorteile nicht nur anderen überlassen, wollen Sie selbst Nutzen und Ersparnisse, dann schreiben Sie mir heute noch, was Sie wünschen, von folgendem

Ausnahme-Angebot!

Gültig nur kurze Zeit!

11 Baumwollgewebe, ungebleicht, feinfädig, leichte Sorte, für einfache Vorhänge usw., 70 cm br., p. Meter	0.11	23 Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierbar, 45 mal 45 cm, per 1/2 Dutzend	0.94
12 Baumwollgewebe, ungebleicht, bessere, dichtere Sorte, 78 cm breit per Meter	0.24	24 Frottiertücher, aus gut. Kräuselstoff, m. schönen, eingewebt. Mustern, Größe 45 mal 100 cm, p. Stück	0.88
13 Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen, m. echt indanthrenfarbig-schönen Streifenmuster, 70 cm br., p. Mtr.	0.26	25 Schlafdecken, gut verwendbare Gebrauchsdecke, Größe 120 mal 170 cm, per Stück	1.45
14 Handtücher, schwere Strapazierqualität, 40 cm breit, ... per Meter	0.38	26 Schlafdecken, kamelhaarfarbig, strapazierbare, milde, warme Sorte, mit schöner Bordüre, Gr. 130 mal 180 cm, per Stück	3.25
15 Baumwolltuch, ungebleicht, feinfädig, haltbare Sorte, 78 cm br., p. Mtr.	0.38	Vorübergehendes Sonder-Angebot!	
16 Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwundliche Spezial-Qualität, 78 cm breit, ... per Meter	0.58	27 Stuhltuch, auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht, geschlossene starke Qualität für bessere, strapazierbare Bettücher usw. verwendbar, 150 cm breit p. m. Ausnahmepreis	1.45
17 Hemdentuch, weiß gebleicht, gute, geschlossene, mittelfeinfädige, sehr solide Qualität, 78 cm breit, p. Meter	0.48	28 Weißes Maccofuch, feinfädig, sehr dicht geschlossen, garantiert rein ägyptisch, für besonders feine Hemden und Wäschestücke, 80 cm breit p. m. Ausnahmepreis	0.67
18 Hemdentuch, rein weiß gebleicht, vorzügliche Qualität, für sehr gute Wäschestücke geeignet, 80 cm breit, per Meter	0.58	Gelegenheitskauf nur vorübergehend!	
19 Hemdenflanel, gute, sehr haltbare, besonders reifste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 72 cm br.	0.48	29 Weißes Hemdentuch, vorzügl., sehr gute, dicht geschlossene Qualität, jedoch nicht vollkommen rein weiß. Durch Waschen erhält dasselbe bekanntlich die reine, weiße Farbe und ist deshalb nach der Wäsche für bessere, kräftige Wäschestücke zu verwenden. 70 cm breit, per Meter	0.25
20 Hemdenflanel, echt indanthrenfarbig gestreift, außerordentlich haltbar, fast unzerstörbare, kräftige Qualitäten, fast unverwundlich im Gebrauch, 77 cm breit, per Meter	0.68	(Abgabe von diesem Artikel bis 10 Meter an einen Kunden.)	
21 Ungebleichtes Baumwolltuch, kräftig, fast unverwundlich im Gebrauch für strapazierbare Bettücher geeignet, 160 cm breit, ... per Meter	1.35		
22 Damensachentücher, weiß, Macco-Ausrüstung, mit Flohsaum, feinfädig, gute, sehr beliebte Qualität, 30 mal 30 cm per 1/2 Dutzend	0.84		

Bis auf weiteres **noch 10% Rabatt** auf diese Preise!

Anstelle des Rabattes wird auf Wunsch kostenlos beigelegt: 1 gute, haltbare Schlafdecke oder 7 m haltbare, zurückgesetzte Stoffe oder 1 gutgehende Wand- oder Standuhr. Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden, ausgenommen Nr. 29. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an, portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.

Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entspricht sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.

Josef Witt, Weiden 392 (Oberpf.)

Webwarenfabriken Webwarenversand